

Gemeinde Rudersberg
Rems-Murr-Kreis

Vorbericht zum Haushaltsplan



für das Jahr
2009

V o r b e r i c h t

Allgemeine Vorbemerkungen – Blick auf die politische Finanzlage

Der Vorbericht gibt einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft. Außer den wesentlichen Daten im Planjahr zeigt der Vorbericht die Entwicklung des Haushalts in den beiden Vorjahren und gibt eine Vorschau auf die künftigen Investitionen, ihre Finanzierungsmöglichkeiten samt Auswirkungen auf die künftige Haushaltswirtschaft. Außerdem werden im Vorbericht sowie bei den einzelnen Haushaltsstellen Erläuterungen zu einzelnen Planansätzen gemacht.

Der Haushaltsplan enthält den Gemeindehaushalt einschließlich der dazugehörenden Anlagen und Berechnungsgrundlagen. Angeschlossen sind auch die Wirtschaftspläne für die Eigenbetriebe Gemeindewerke und Abwasserbeseitigung. Der Haushaltsplan sowie die Wirtschaftspläne enthalten außerdem Übersichten über die möglichen Verpflichtungsermächtigungen, die Schuldenstandsübersicht, den Stand über das Anlagevermögen sowie die mehrjährigen Finanzpläne.

Neben dem Beschluss über den Erlass der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Mittelfristiger Finanzplanung sollen auch die Wirtschaftspläne für die Gemeindewerke und die Abwasserbeseitigung festgestellt werden.

Die Haushaltssituation unserer Gemeinde war in den zurückliegenden drei Jahren 2006 bis 2008 durchaus zufrieden stellend. Gesamtwirtschaftliche Prognosen für die Jahre 2009 bis 2012 ließen eine stabile Situation für die öffentlichen Haushalte erwarten, siehe dazu auch die Orientierungsdaten des Innen- und Finanzministeriums vom 18.07.2008 (Haushaltserlass 2009, siehe Anlage 11-2), die dem beiliegenden Haushaltsentwurf 2009 zugrunde liegen. Lediglich in kurzen Worten waren darin Finanzmarktkrise, Euro-Aufwertung und Preissteigerungen für Energie und Nahrungsmittel als Risiken für eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung genannt worden.

Nachdem sich – in den letzten Wochen und Tagen – die Schreckensmeldungen um die Finanzmarktkrise und das Ausmaß ihrer konjunkturellen Auswirkungen förmlich überschlagen haben, ist momentan nicht absehbar, wie stark dies nicht zuletzt die Gemeinde Rudersberg treffen wird. Ob das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte „Rettungspaket für den deutschen Finanzmarkt“, das in der Woche von 13. bis 17. Oktober per Eilverfahren durch Bundestag und Bundesrat gehen soll, wieder das erhoffte Vertrauen in die Systeme bringt? Ob eine drohende Rezession abgewendet und der private Konsum zur Stützung der Konjunktur angekurbelt werden kann? Wie stark wirken sich Einflüsse von außen, aus dem Euro-Raum, den USA, aus Russland und Asien aus? Bringt die November-Steuerschätzung schon Korrekturen der Steuerprognosen für das Jahr 2009?

Dies nur wenige von unzähligen Fragen, welche derzeit die Medienlandschaft beherrschen und welche die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik und nicht zuletzt auch die Bürger umtreiben.

Ein Presseartikel „Die Chance in der Krise“ vom 12. Oktober 2008 führt zur Situation aus: „Noch vor wenigen Monaten lebten wir in einer anderen Welt, einer anderen Zeit. Mit anderen Heilsbotschaften und Sorgen. Nun ist es, als wachten wir auf aus einem schlechten Traum. Die Folgen sind schwer abzuschätzen – denn die Krise ist bisher eher virtueller als materieller Natur. Auf den Straßen stehen keine Heere von Arbeitslosen, selbst an den Bankschaltern geht's ruhig zu. Sicherheiten freilich, das ahnen wir, gibt es keine (mehr). Aber vielleicht hilft über manche Unsicherheit die Rückbesinnung auf verschüttete Werte hinweg. Bescheidenheit, Freundschaft, Solidarität zum Beispiel (...). Außerdem hat jede Krise ihre Katharsis. Die Dichter-Klassiker verstanden darunter die seelische Reinigung. Ihren Helden ging's danach besser, und auch die Zuschauer hatten etwas gelernt. Dazu passt eine kleine Randnotiz aus Großbritannien: Dort suchen zurzeit enorm viele Menschen aller sozialen Schichten kirchlichen Trost und Beistand. Die Börse als Kathedrale des modernen Kapitalismus hat erst einmal ausgedient. Dies ist nicht die einzige verblüffende Umkehrung bisheriger Machtverhältnisse und scheinbar gültiger Werte. Der fast schon unerschütterliche Glaube an die Allmacht der Wirtschaft und die großen Player – Spieler! – ist der Gewissheit gewichen, dass einige wenige Größenwahnsinnige (...) die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen. Die Verärgerung über den Staat, der alles zu regulieren trachtet und sich überall einmischt, verwandelt sich unversehens in den letzten Funken Zuversicht: Wer, wenn nicht Vater Staat kann es am Ende noch richten oder den Absturz wenigstens mildern?!“

Jahr um Jahr werden bei der Einbringung von Haushalten im Kleinen wie im Großen auch die Zeigefinger erhoben, man möge verantwortlich mit den begrenzten Mitteln umgehen. Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund informiert bzw. appelliert in seinem aktuellen September-Rundschreiben erneut daran, dass alle Haushaltsebenen am Konsolidierungskurs sowie an der moderaten Ausgabenlinie festhalten müssen. Diese Botschaft gilt jedes Jahr neu, und wahrscheinlich ist sie jedes Jahr noch richtiger als im zurückliegenden, auch und gerade in Kommunen mit Strukturen wie unsere Gemeinde Rudersberg. Neben der Konsolidierung, die auch mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf fortgesetzt wird, ist es angesichts der weltweiten Turbulenzen primäre Aufgabe von Gemeinderat und Verwaltung, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln den Bürgerinnen und Bürgern in Rudersberg mit allen Ortsteilen ein Stück Verlässlichkeit, Bodenständigkeit, Geborgenheit, Lebensqualität und natürlich auch eine lebenswerte Heimat zu bieten. Daneben gilt es die örtliche Wirtschaft nach Kräften zu unterstützen, Arbeitsplätze am Ort zu halten und nach Möglichkeit mitzuhelfen, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden, um Rudersberg für die Zukunft zu stärken. Dies gilt auch für den Bereich Tourismus, in welchem noch beträchtliches Potenzial liegt, das es zu nutzen gilt.

Aus der Krise etwas lernen, wirkliche Werte in den Vordergrund stellen, untereinander Solidarität üben, rückbesinnen auf Wesentliches. Darum geht es nicht nur im privaten Bereich und im weltweiten Spiel der Kräfte. Darum geht es auch in der Kommunalpolitik in der Gemeinde Rudersberg und ihrer Teilorte. Und dafür soll auch der vorliegende Haushalt 2009 die Voraussetzungen weiter schaffen.

Neben der Haushaltskonsolidierung mit einer straffen Verwaltungsorganisation, in der auch Kostenträger hinterfragt werden, sollen durch gezielten Mitteleinsatz punktuell Investitionen getätigt bzw. Maßnahmen zur Stärkung der vielschichtigen bürgerschaftlichen und sozialen Netzwerke auf den Weg gebracht werden, um ganz konkret die Qualität des Zusammenlebens in Rudersberg weiter zu verbessern und den Standort Rudersberg zu stärken. Dabei werden Gemeinderat und Verwaltung während des Beratungsverfahrens zum Haushalt 2009, der am 16. Dezember 2008 verabschiedet werden soll, und gegebenenfalls auch während des Haushaltsvollzugs nicht umhin kommen, angesichts der geschilderten Risiken und Unwägbarkeiten Prioritäten zu bilden, um bei etwaigen Steuerausfällen Investitionen zeitlich nach hinten zu verschieben, auch vor dem Hintergrund, dass Bauplätze, die zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stehen, nur noch begrenzt zur Verfügung stehen.

Rudersberg, den 16. Oktober 2008

Rückblick auf die Haushaltsjahre 2007 und 2008

Haushaltsjahr 2007

Die Haushaltssatzung 2007 wurde am 12. Dezember 2006 beschlossen.

Verwaltungshaushalt	Gemeindehaushalt	16.034.550 €
Vermögenshaushalt	Gemeindehaushalt	2.203.950 €
Gesamtvolumen:	Gemeindehaushalt	18.238.500 €
Erfolgsplan	Gemeindewerke	1.302.500 €
Vermögensplan	Gemeindewerke	926.300 €
Gesamtvolumen:	Gemeindewerke	2.228.800 €
Erfolgsplan	Abwasserbeseitigung	1.994.750 €
Vermögensplan	Abwasserbeseitigung	1.301.000 €
Gesamtvolumen:	Abwasserbeseitigung	3.295.750 €

Die **Jahresrechnung 2007** schließt - vorläufig - wie folgt ab:

Verwaltungshaushalt	Gemeindehaushalt	17.745.140 €
Vermögenshaushalt	Gemeindehaushalt	3.005.452 €
Gesamtvolumen:	Gemeindehaushalt	20.750.592 €
Erfolgsplan	Gemeindewerke	1.247.170 €
Vermögensplan	Gemeindewerke	1.020.739 €
Gesamtvolumen:	Gemeindewerke	2.267.909 €
Erfolgsplan	Abwasserbeseitigung	1.988.363 €
Vermögensplan	Abwasserbeseitigung	1.229.074 €
Gesamtvolumen:	Abwasserbeseitigung	3.217.437 €

Die Jahresabschlüsse 2007 werden dem Gemeinderat im Januar 2009 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die wesentlichen Ergebnisse für den Gemeindehaushalt vorab:

Bereits aus Anlass der Haushaltsplanberatungen 2008 (siehe HH-Plan 2008 S. 11) hat die Verwaltung berichtet, dass das Rechnungsergebnis 2007 besser ausfallen würde als geplant. Eine Zuführungsrate mit 1,8 bis 1,9 Mio. EUR sowie eine Rücklagenzuführung mit rund einer halben Million EUR wurden prognostiziert.

Das tatsächliche Rechnungsergebnis weist eine Zuführungsrate von rund 2,398 Mio. EUR aus, der Rücklage können rund 667.000 EUR zugeführt werden.

Einzelheiten können dem Rechenschaftsbericht zur Feststellung der Jahresrechnung 2007 entnommen werden.

Entwicklung des Haushaltsjahres 2008

Die Haushaltssatzung 2008 wurde am 29. Januar 2008 beschlossen. Auf den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung konnte verzichtet werden.

Verwaltungshaushalt	Gemeindehaushalt	17.604.200 €
Vermögenshaushalt	Gemeindehaushalt	6.035.450 €
Gesamtvolumen:	Gemeindehaushalt	23.639.650 €
Erfolgsplan	Gemeindewerke	1.320.000 €
Vermögensplan	Gemeindewerke	1.122.500 €
Gesamtvolumen:	Gemeindewerke	2.442.500 €
Erfolgsplan	Abwasserbeseitigung	1.995.400 €
Vermögensplan	Abwasserbeseitigung	1.352.500 €
Gesamtvolumen:	Abwasserbeseitigung	3.347.900 €

Der Haushalt des Jahres 2008 sah eine positive Zuführungsrate mit rund 1,42 Mio. EUR vor.

Im Finanzzwischenbericht am 22. Juli 2008 konnte dem Gemeinderat von Mehreinnahmen bei der Einkommen- und Umsatzsteuer, bei den Schlüsselzuweisungen incl. Kommunaler Investitionspauschale sowie bei den Zinseinnahmen berichtet werden. Bei der Gewerbesteuer konnten – zur Jahresmitte – die guten Zahlen aus den beiden Vorjahren nicht gehalten werden. Es sah so aus, dass der Planansatz mit 1,30 Mio. EUR zwar erreicht, aber nicht (wesentlich) übertroffen werden konnte.

Auf der Ausgaben-Seite bildeten die überplanmäßigen Nachzahlungen an den Zweckverband Wieslauffalbahn mit rund 196.000 EUR einen Wertmuströpfchen. Insgesamt ging die Verwaltung davon aus, dass die Zuführungsrate um 200.000 EUR über dem Planansatz liegen würde.

Die erfreuliche Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer hat sich im 3. Quartal 2008 fortgesetzt, so dass sich bereits zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009 abzeichnete, dass die im Halbjahres-Finanzzwischenbericht genannten Zahlen sogar noch übertroffen werden können.

Bei der Gewerbesteuer sind im November noch Messbescheide eingegangen, die zu beträchtlichen Nachzahlungen und Erhöhungen der Vorauszahlungen bis einschließlich 2008 führen. Nachdem der Zahlungseingang noch am 29.12.2008 verbucht werden konnte, wird das Jahr 2008 nun auch bei der Gewerbesteuer mit sehr erfreulichen Mehreinnahmen in Höhe von brutto rund 450.000 EUR abschließen. Eine höhere Gewerbesteuer-Umlage wird die Folge sein (fällig am 01.02.2009), ebenso werden die Umlagen innerhalb des Finanzausgleichs an das Land sowie an den Landkreis in 2010 höher und die Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen in 2010 niedriger ausfallen, als in der derzeitigen Mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt.

Bei den Personalausgaben führen nicht besetzte Stellen dazu, dass der Ansatz 2008 unterschritten werden wird, trotz der relativ hohen Tarifabschlüsse. Ebenso werden beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand Einsparungen zu realisieren sein, so dass aus heutiger Sicht eine Zuführungsrate mit überschlägig 2,4 Mio. EUR erreicht werden kann.

Die gegenüber dem Haushaltsplan um eine Million EUR höhere Zuführungsrate wird jedoch auch dringend benötigt, gilt es doch die in 2008 nicht bewilligten Zuschüsse für die Sportstätten in Schlechtbach und Steinenberg aufzufangen. Daneben sind überplanmäßige Ausgaben beim Neubau des Bürgerhauses in Schlechtbach zu verkraften. Hinzu kommen Mindereinnahmen aus in 2008 nicht realisierten Grundstücksverkäufen.

Gegensteuern können Verwaltung und Gemeinderat deshalb, weil die in 2008 für Grunderwerb eingestellten Mittel nicht vollständig abgeflossen sind. Anlässlich des Rechnungsabschlusses 2008 bzw. bei der Übertragung von Haushaltsresten in das Jahr 2009 wird es daher möglich sein, so zu steuern, dass die Rücklagen auf Ende 2008 einen Bestand von (mindestens) 3,22 Mio. EUR haben werden – und sich damit innerhalb dessen bewegen werden, was im Haushaltsplan 2008 auch genannt worden war.

Die Verschuldung auf Ende 2008 wird im Gemeindehaushalt planmäßig um rund 193,7 TEUR auf 374,5 TEUR zurückgeführt werden.

Der Haushalt 2009 auf einen Blick

	HH 2009	HH 2008 zum Vergleich:
Haushaltsvolumen	21.731.200 €	23.639.650 €
Verwaltungshaushalt	17.557.600 €	17.604.200 €
Vermögenshaushalt	4.173.600 €	6.035.450 €
Zuführungsrate	280.300 €	1.420.750 €
Kredittilgung	68.650 €	193.750 €
Nettoinvestitionsrate (Zuführung abzüglich Tilgung)	211.650 €	1.227.000 €
Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	1.865.100 €	2.556.750 €
Kreditaufnahme	0 €	0 €
Steuereinnahmen		
Grund- und Nebensteuern	1.275.600 €	1.271.500 €
Gewerbesteuer	1.100.000 €	1.300.000 €
Gemeindeanteil Einkommensteuer	4.720.000 €	4.470.000 €
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	528.000 €	625.000 €
Schlüsselzuweisungen + Invest.Pauschale	4.185.000 €	4.140.000 €
Familienleistungsausgleich	362.000 €	350.000 €
Summe der Steuereinnahmen	12.170.600 €	12.156.500 €
Umlagen		
Gewerbesteuerumlage	217.000 €	248.500 €
Finanzausgleichsumlage	2.315.000 €	2.030.000 €
Kreisumlage	3.820.000 €	3.397.000 €
Verbandsumlage Region Stuttgart	42.000 €	38.000 €
Summe der Umlagen	6.394.000 €	5.713.500 €
Saldo Steuereinnahmen abzügl. Umlagen	5.776.600 €	6.443.000 €
Personalausgaben	3.639.500 €	3.390.000 €
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (ohne Innere Verrechnungen u. kalk. Kosten)	3.370.800 €	3.332.550 €
Zuweisungen / Zuschüsse für lfd. Zwecke	1.520.250 €	1.314.500 €
Zinsaufwand und sonst. Finanzausgaben	79.000 €	116.000 €
Schuldenstand am Ende des Jahres am Kreditmarkt		
Gemeinde	305.968 €	374.583 €
<i>Pro-Kopf-Verschuldung Gemeinde</i>	<i>26,54 €</i>	<i>32,13 €</i>
Eigenbetrieb Gemeindewerke	605.904 €	731.736 €
Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung	7.431.070 €	7.413.008 €
Summe Eigenbetriebe	8.036.974 €	8.144.744 €
<i>Pro-Kopf-Verschuldung Eigenbetriebe</i>	<i>697,05 €</i>	<i>698,64 €</i>
Einwohnerzahl (auf 30.06.)	11.530	11.658

Folgende Investitionen für das Jahr 2009 sind vorgesehen:

Einzelplan 0	
Hard- und Software	8.000 €
Einzelplan 1	
Hundekotbehälter	12.500 €
Feuerwehr: Geräte, Maschinen, Ausstattung	35.000 €
Löschfahrzeug (Finanzierungsrate 2009)	150.000 €
Einzelplan 2	
Schulzentrum incl. Schulturnhalle	
Geräte, Maschinen, Ausstattung	62.500 €
Medienausstattung	30.700 €
Brandschutzmaßnahmen (weitere Rate)	250.000 €
Einzelplan 3	
Planungsmittel Grobkonzept Küche Ortschaft Asperglen	2.000 €
Landschaftsfenster; Regional. Landschaftspark LIMES	17.000 €
Einzelplan 4	
Erstausstattung EDV an Kindergärten	10.000 €
Außenspielgerät Kindergarten Klaffenbach	4.000 €
Einzelplan 5	
Investitionsförderung an Vereine	10.000 €
Ersatzbeschaffungen Wieslauffalhalle	3.800 €
Kunstrasen Schlechtbach; HH-Rest aus 2008 zzgl.	28.000 €
Sportanlage Steinenberg HH-Rest aus 2008	0 €
Ersatzbeschaffungen Kinderspielplätze	5.000 €
Einzelplan 6	
Ausgleichsmaßnahmen sowie Grunderwerb an Straßen	24.000 €
Grunderwerb anlässlich Umliegungen Jungholz und Teichackerweg Süd	1.085.000 €
Ortskernsanierung Rudersberg III	100.000 €
Tiefbaumaßn. Schöngärten/Dornäcker/Lindentaler Str.	290.000 €
sonstige Tiefbaumaßnahmen im Straßenbereich	69.000 €
Kapitalumlage an Wasserverband Wieslauffal	400.000 €
Einzelplan 7	
Zuschuss Altes Pfarrhaus Steinenberg (2. Rate)	10.000 €
Befestigung Wertstoffplatz Necklinsberg	2.500 €
Anlage von neuen Grabfeldern	4.000 €
Schöpfbrunnen Friedhof Mannenberg	5.000 €
Friedhof Rudersberg (Erdcontainermulde, Geländer...)	30.500 €
Urnenstellen Friedhof Schlechtbach	38.000 €
Aussegnungshalle Asperglen (Finanzierungsrate 2009)	29.000 €
Friedhof Lindental (weiterer Finanzierungsanteil)	8.000 €
Ersatzbeschaffungen Gde-Halle Rudersberg/Steinenberg	2.000 €
Gemeindesaal Zumhof / Dorfmuseum / Planungsrate	5.000 €
Reinigungsmaschine für Neues Bürgerhaus Schlechtbach	4.800 €
Weitere Ausstattung Bauhof	39.000 €
Erlebnisberich Streuobst incl. Wohnmobilstellplatz	162.000 €
Wieslauffalbahn -Kapitalumlage	65.650 €
Einzelplan 8	
Darlehen an Gemeindewerke	218.500 €
Vermögensumlage Verband Region Stuttgart	6.500 €
Waldwegebau und Grunderwerb	78.000 €
Allgemeiner Grunderwerb	800.000 €
Einzelplan 9 - Kredittilgung	
	68.650 €
Summe der Investitionen	4.173.600 €

Haushalt 2009

Beratungsverfahren

Der Haushaltsplan-Entwurf wurde am Dienstag, den 21. Oktober 2008 in den Gemeinderat eingebracht. Am Samstag, den 06. Dezember 2008 fand im Gemeinderat eine ganztägige Beratung über den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2009 incl. Stellenplan statt, ebenso die Beratung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe sowie der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2012. Die Verabschiedung erfolgte am Dienstag, den 16. Dezember 2008.

In den Haushaltsberatungen wurden auch die Haushaltsanmeldungen aus den Ortschaften / aus dem Bereich der Schulen, Feuerwehr, Kindergärten usw. detailliert besprochen.

Auch konnten die Ergebnisse der November-Steuerschätzung, die zu einem Rückgang des Einkommensteuer-Anteils und zu einer Reduzierung der Schlüsselzuweisungen führten, eingearbeitet werden.

Haushaltsvolumen

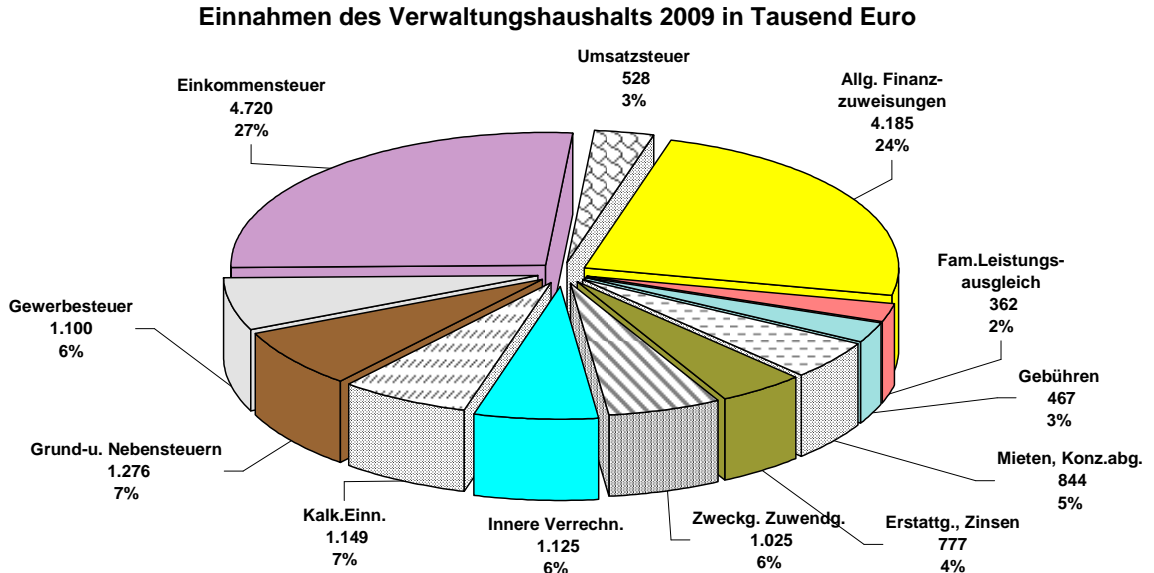
Das Gesamthaushaltsvolumen des Jahres 2009 beträgt rund 21,73 Mio. EUR.

Der Rückgang gegenüber dem HH-Plan 2008 mit einem Planansatz von 23,64 Mio. EUR beträgt rund 8,1 %, gegenüber dem Ergebnis des Jahres 2007 mit rund 20,75 Mio. EUR liegt man um rund 4,5 % höher.

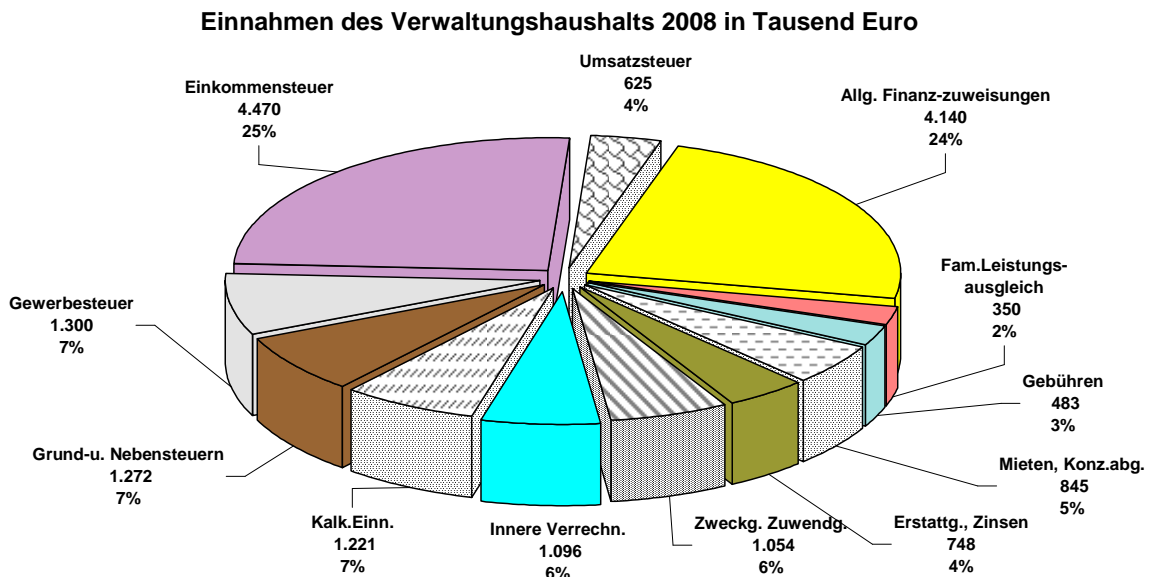
Die **Gesamtzahlen** gliedern sich wie folgt:

Verwaltungshaushalt	17.557.600 EUR
Vermögenshaushalt	4.173.600 EUR

Verwaltungshaushalt Einnahmen



Zum Vergleich noch einmal die Ansätze des Vorjahres:



Steuern und Allgemeine Zuweisungen (Hauptgruppe 0)

Grundsteuer

Die Einnahmen der Grundsteuer A (für landwirtschaftliche Betriebe) werden wie im Vorjahr mit 42.000 EUR angenommen, bei der Grundsteuer B kann der Planansatz um 5.000 EUR auf 1.185.000 EUR angehoben werden.

Der Hebesatz bei der Grundsteuer A und B beträgt seit 01.01.2005 unverändert 350 Prozentpunkte.

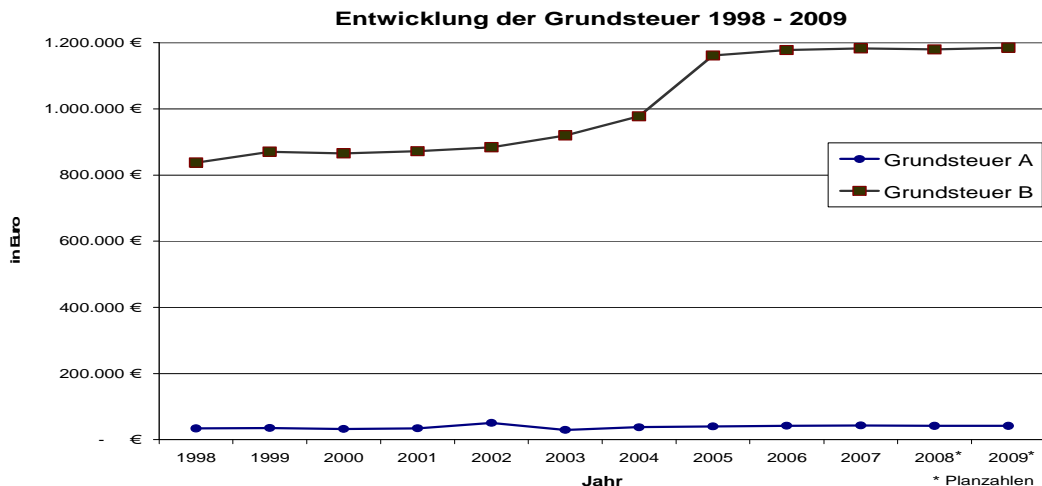
Bei der Grundsteuer A liegt der gewogene Durchschnittshebesatz in Baden-Württemberg nach der „landesweiten Erhöhungswelle in 2006“ derzeit bei rund 339 Prozentpunkten, bei der Grundsteuer B bei rund 356 Prozentpunkten.

Die Grundsteuer hat für die Gemeinden durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 21.06.2006 wieder eine Rechtssicherheit erlangt. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Verfassungsbeschwerde nicht angenommen.

Die seit längerem geplante Reform der Grundsteuer – bisher ein theoretisches Schubladen-Modell – wird nach einer Information des Gemeindetages vom Januar 2008 „voraussichtlich nicht mehr in dieser Legislaturperiode des Bundestags in Angriff genommen“.

Die Grundsteuer stellt in ihrer Höhe eine wichtige und verlässliche Einnahmegröße dar.

Entwicklung der Grundsteuer		
	Grundsteuer A	Grundsteuer B
1998	33.631 €	837.759 €
1999	35.331 €	870.471 €
2000	32.532 €	866.011 €
2001	34.574 €	872.458 €
2002	50.912 €	884.160 €
2003	29.802 €	919.902 €
2004	37.774 €	977.445 €
2005	40.007 €	1.161.560 €
2006	42.230 €	1.177.941 €
2007	43.008 €	1.183.167 €
2008	42.000 €	1.180.000 €
2009	42.000 €	1.185.000 €



Gewerbesteuer

Eine relativ große Unbekannte ist – alljährlich – die Gewerbesteuer. Ganz besonders gilt dies auch wegen der in 2008 umgesetzten Unternehmenssteuerreform. Mit breiter Zustimmung der Kommunalen Spitzenverbände wurde beschlossen, dass die im internationalen Vergleich hohen Steuersätze in Deutschland verringert werden. Gleichzeitig sollten die Interessen der öffentlichen Haushalte – auch durch Beibehaltung der Gewerbesteuer bzw. durch verstärkte Besteuerung von in Deutschland erwirtschafteten Gewinnen – gewahrt werden.

Den Kommunen wurde „Aufkommensneutralität“ zugesagt. Mit anderen Worten: Die Gewerbesteuer-Ausfälle, die z.B. durch die Herabsetzung der Gewerbesteuer-Messzahl von 5,0 v.T. auf 3,5 v.T. (Reduzierung um 30 %) bei Kapitalgesellschaften entstehen, sollen nach Rechnung des Bundesgesetzgebers durch begleitende Maßnahmen in der Summe ausgeglichen werden. Allerdings entfalten die Gesetzesänderungen erst im Laufe der nächsten 4 bis 5 Jahre „ihre volle Jahreswirkung“, d.h. die Aufkommensneutralität wird erst im Laufe der nächsten Jahre erreicht werden, so die Berechnungen der Bundesregierung.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise ist eine sichere Prognose weniger denn je möglich. Größere Städte, bei denen die sog. „global players“ einen Sitz haben, werden sicher direkter und in stärkerem Ausmaß bei der Gewerbesteuer betroffen sein, als die Gemeinde Rudersberg, die es indirekt über die Gemeinschaftssteuern (insb. Einkommensteueranteil) bzw. über den Finanzausgleich (Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen) treffen könnte.

Nachdem man bzgl. des Gewerbesteueraufkommens bereits im Haushalt 2008 gut daran tat, nicht die Ergebnisse der guten Jahre 2005 bis 2007, sondern die laufenden Vorauszahlungen als Basis zugrunde zu legen, schlägt die Verwaltung vor, für das Jahr 2009 einen Ansatz mit 1,10 Mio. EUR zu wählen. Damit bewegt man sich in etwa auf dem Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2004.

Die Verwaltung wird den Gemeinderat über die Entwicklung spätestens mit dem Finanzzwischenbericht (vorgesehen vor der Sommerpause 2009) informieren.

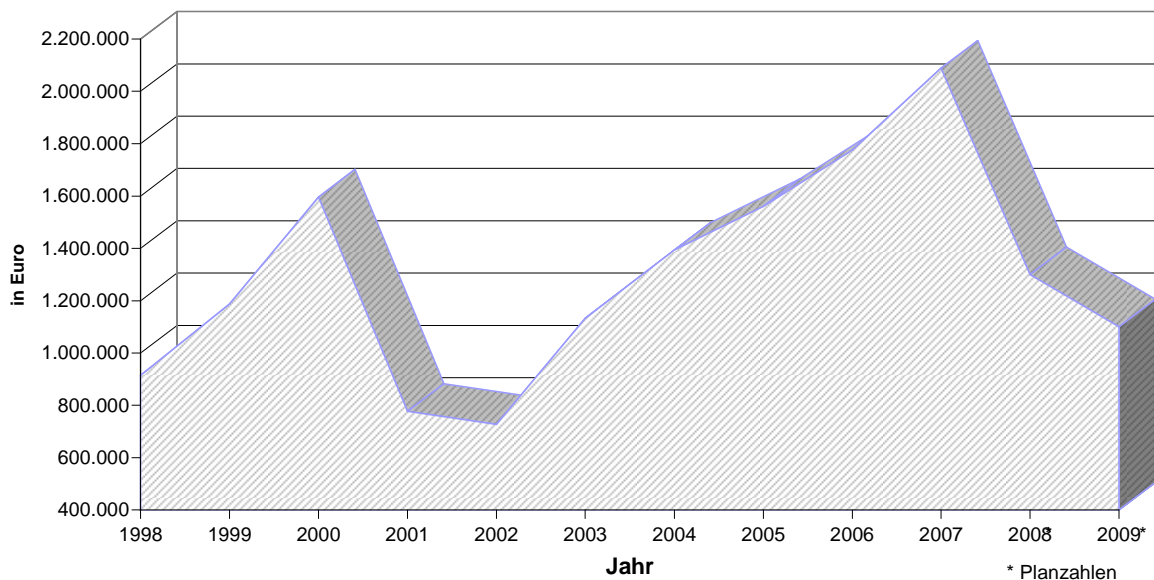
Der Gewerbesteuer-Hebesatz soll mit 340 v.H. beibehalten werden. Der gewogene Durchschnittshebesatz aller Kommunen in Baden-Württemberg für die Gewerbesteuer liegt – nach der Erhöhungswelle in 2005/2006 – derzeit bei 358 Prozentpunkten.

Mit einem erwarteten Aufkommen von 1,10 Mio. EUR liegt unsere Gemeinde nach wie vor deutlich unter dem landesweiten Durchschnitt. In Rudersberg beträgt das Pro-Kopf-Aufkommen dann nicht einmal mehr 100 EUR, während es in Baden-Württemberg bzw. in Gemeinden zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern zuletzt um die 500 EUR gelegen haben dürfte - und damit mehr als 5mal so hoch wie in Rudersberg.

Die geographische Lage unserer Gemeinde ist – was die Gewerbesteuer anbelangt – sicher ein Defizit. Andererseits sind es doch gerade die schützenswerten Gebiete, die den Wohn- und Lebenswert in unserer Gemeinde und im Wieslaufftal ausmachen und die es zu bewahren gilt.

Entwicklung der Gewerbesteuer	
1998	913.972 €
1999	1.186.954 €
2000	1.596.660 €
2001	776.836 €
2002	727.248 €
2003	1.132.245 €
2004	1.394.171 €
2005	1.560.176 €
2006	1.775.885 €
2007	2.088.985 €
2008	1.300.000 €
2009	1.100.000 €

Entwicklung der Gewerbesteuer 1998-2009



Wie schwankend die Gewerbesteuer-Einnahmen auch innerhalb eines Kalenderjahres sind, zeigte auch die jüngste Entwicklung im 2. Halbjahr 2008: Im Verwaltungsausschuss konnte von der Verwaltung am 08. Juli 2008 von Mehreinnahmen in Höhe von rund 350 TEUR berichtet werden („Momentaufnahme“); 2 Wochen später in der Sitzung am 22. Juli 2008 wurde dem Gemeinderat aufgrund aktuell eingegangener Messbescheide signalisiert, dass man nur noch davon ausgehen konnte, dass der Planansatz mit 1,3 Mio. EUR erreicht werden würde.

Wie im Vorbericht des Haushalts bereits an anderer Stelle erwähnt, sind im Verlauf des November 2008 neue Messbescheide eingegangen, die dazu führen, dass das Ergebnis 2008 bei der Gewerbesteuer nun bei rund 1,75 Mio. EUR liegen wird, nachdem der Zahlungseingang am 29.12.2008 auch erfolgt ist.

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Zum 01.01.1998 wurde die Gewerbekapitalsteuer als Teil der Gewerbesteuer abgeschafft. Als Ausgleich dafür erhalten die Gemeinden einen Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Der Umsatzsteueranteil für alle Gemeinden beträgt 2,2 v.H. des Umsatzsteueraufkommens. Die Verteilung auf die einzelnen Kommunen erfolgt nach einer Schlüsselzahl.

Für die Städte und Gemeinden in den alten Bundesländern wurde bis zuletzt die für die Jahre 2000 bis 2002 geltende Schlüsselzahl für den Umsatzsteueranteil anhand folgender Bemessungsgrundlagen ermittelt: - Zu 42 % (= 60 v. H. von 70 v. H.) sind die Gewerbesteuer-Isteinnahmen der Jahre 1990 – 1997 maßgebend (1998 wurde ausgeblendet, weil hier bereits die Gewerbekapitalsteuer weggefallen ist); - zu 18 % (= 60 v. H. von 30 v. H.) kommt es auf die durchschnittliche Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne öffentlichen Dienst) in den Jahren 1990 – 1998 an; - zu 40 v. H. kommt es auf eine fiktive Gewerbekapitalsteuer an, die errechnet wird aus dem Messbetrag nach dem Gewerbekapital 1995 multipliziert mit dem Durchschnittshebesatz der Gemeinde der Jahre 1995 – 1998.

Ab dem Jahr 2009 wird – wie bereits in Vorjahren erwähnt – der Umstieg auf einen „endgültigen“, fortschreibungsfähigen Schlüssel vollzogen. Wie erwartet, wird der für Rudersberg geltende Schlüssel reduziert werden, und zwar von 0,0012926 auf voraussichtlich 0,0010788. In den kommenden Jahren wird diese Schlüsselzahl noch weiter zurückgehen. Andererseits werden diese Wenigereinnahmen innerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs (weitestgehend) durch höhere Schlüsselzuweisungen bzw. niedrigere Finanzausgleichsumlage-Belastungen ausgeglichen werden.

Der Umsatzsteueranteil der Kommunen des Landes Baden-Württemberg wird im Haushaltserlass 2009 (vgl. Anlage 11-2) mit 490 Mio. EUR angegeben. Änderungen durch die November-Steuerschätzung gab es nicht.

Nach Anwendung der vorläufigen neuen Schlüsselzahl, errechnet sich ein Umsatzsteueranteil von

528.612 EUR.

Für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer gibt es – so der Haushaltserlass vom 18.07.2008 – auch künftig Wachstumsraten zu verzeichnen. Ob dies vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise so auch eintritt, bleibt abzuwarten.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Nach dem Gemeindefinanzreformgesetz erhalten die Gemeinden einen Anteil von 15. v. H. des Landesaufkommens aus der Lohn- und Einkommensteuer. Für die Aufteilung der Zuweisungen auf die einzelnen Gemeinden werden Schlüsselzahlen festgelegt. Grundlage hierfür ist das örtliche Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer im Verhältnis zum Gesamtanteil aller Gemeinden. Die Schlüsselzahl wird für den Zeitraum 2009 bis 2011 neu ermittelt.

Die Verteilungsschlüssel wurden auf die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2004 umgestellt. Die Höchstbeträge (sog. Kappungsgrenzen) blieben unverändert bei 30.000 EUR bei Ledigen und 60.000 EUR bei Verheirateten. Konkret heißt dies, dass das zu versteuernde Einkommen bis max. 30 000 bzw. 60 000 EUR bei der Berechnung des Einkommensteueranteils berücksichtigt wird. Der Verteilungsschlüssel für die Gemeinde Rudersberg erhöhte sich am 01.01.2006 von 0,0010441 auf 0,0010641. Auf 01.01.2009 wird die Schlüsselzahl auf (vorläufig) 0,0010731 steigen.

Allerdings gilt hier entsprechendes wie bei der Umsatzsteuer, wenngleich mit verkehrtem Vorzeichen: Von den Mehreinnahmen, die durch die Erhöhung der Schlüsselzahl ins Gemeindefiskus fließen, werden große Teile innerhalb des Finanzausgleichs nivelliert (niedrigere Schlüsselzuweisungen, höhere Umlagen).

Im Haushaltserlass 2009 wurde der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für Baden-Württemberg vom Finanzministerium auf 4,5 Mrd. EUR angegeben. In der November-Steuerschätzung wurde dieser Betrag auf 4,4 Mrd. EUR zurückgenommen.

Für das Jahr 2008 war zunächst ein Anteil mit 4,2 Mrd. EUR erwartet worden. Tatsächlich wird der Gemeindeanteil in Baden-Württemberg im Jahr 2008 – nach heutigem Stand – insgesamt mehr als 4,5 Mrd. EUR betragen. Dies nährt die Hoffnung, dass der für 2009 prognostizierte Betrag mit 4,4 Mrd. EUR – trotz Finanzmarktkrise – realistisch sein bzw. zumindest nicht gänzlich außerhalb der Reichweite liegen könnte. Gespannt darf man die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung abwarten.

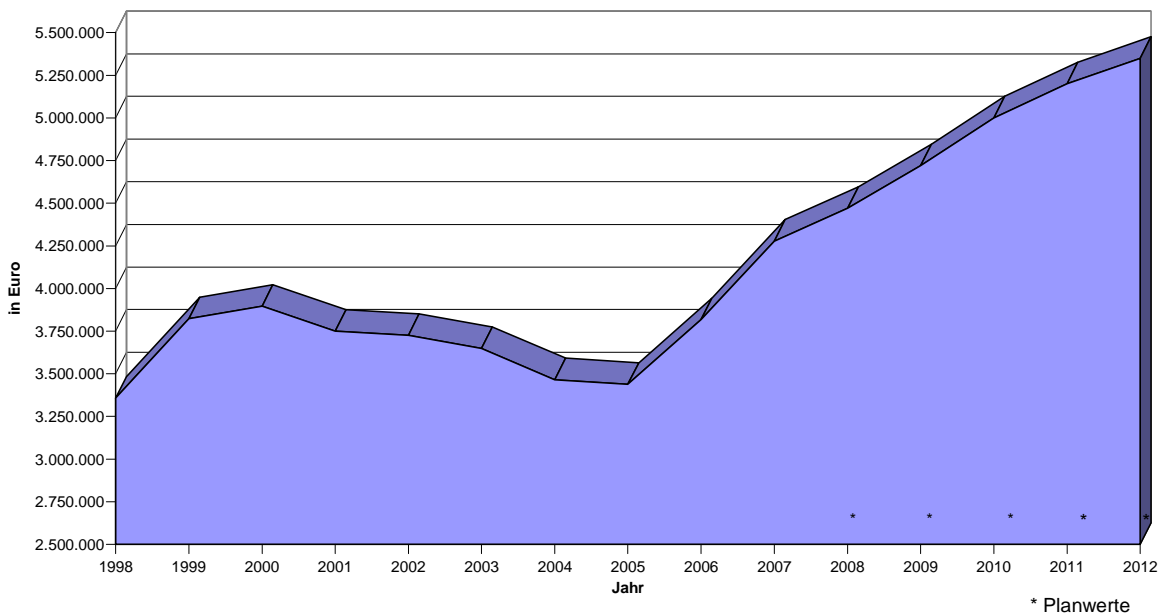
Einkommensteueranteil für die Gemeinde Rudersberg:

4,4 Mrd. EUR x neue Schlüsselzahl 0,0010731 = **4.721.640 EUR.**

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bleibt – auch mittelfristig – die wichtigste Einnahme der Gemeinde Rudersberg. Es bleibt zu hoffen, dass die Wachstumsraten wie prognostiziert auch über das Jahr 2009 hinaus anhalten.

Entwicklung des Einkommensteueranteils	
1998	3.357.632 €
1999	3.822.837 €
2000	3.895.975 €
2001	3.749.278 €
2002	3.724.938 €
2003	3.648.155 €
2004	3.465.653 €
2005	3.438.302 €
2006	3.816.898 €
2007	4.278.834 €
2008	4.470.000 €
2009	4.720.000 €

Entwicklung des Einkommensteueranteils 1998 - 2012



Finanzzuweisungen (Schlüsselzuweisungen, Kommunale Investitionszuschüsse, Schullasten-, Verkehrslasten- und Familienleistungsausgleich)

Für die Berechnungen der Finanzzuweisungen 2009 ist die Steuerkraft des „Spitzen-Jahres 2007“ maßgebend. Die sog. Steuerkraftmesszahl, die sich zusammensetzt aus den Ist-Einnahmen der Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuern), des Einkommensteueranteils, des Familienleistungsausgleichs und 80 % des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer, beträgt rund 7,093 Mio. EUR. In den beiden Vorjahren waren es noch 6,322 Mio. EUR bzw. 5,780 Mio. EUR gewesen.

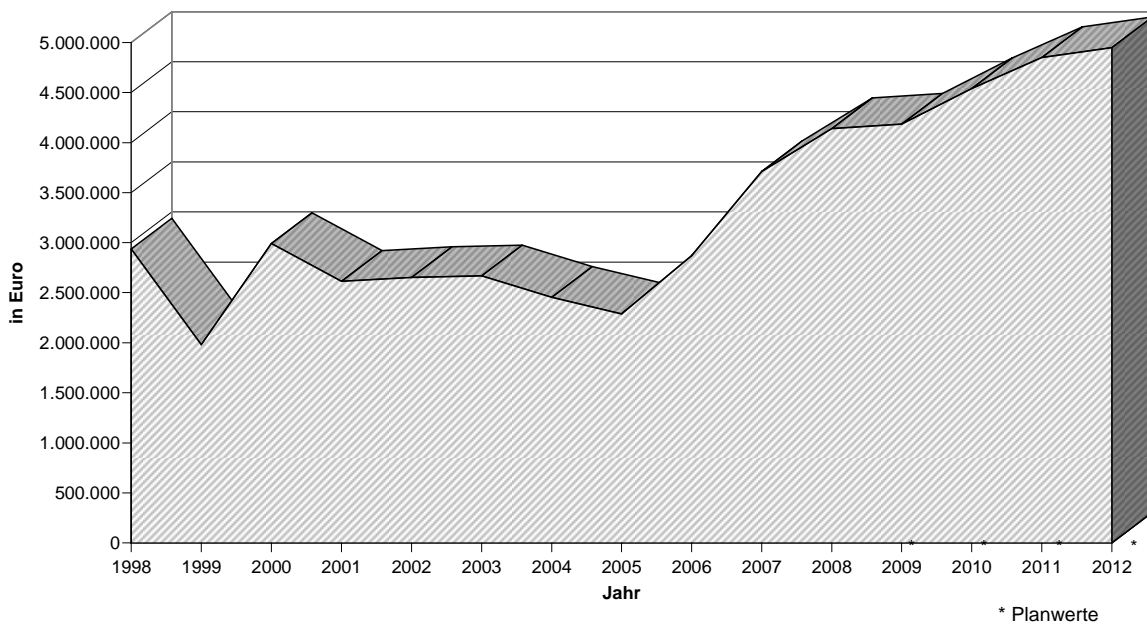
Die sog. Steuerkraftsumme pro Einwohner beträgt 906 EUR (gegenüber 787 EUR bzw. 690 EUR in den beiden Vorjahren). Daraus errechnen sich Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft. Obwohl die Steuerkraft der Gemeinde Rudersberg aufgrund des sehr guten Jahres 2007 auf die „Rekordhöhe“ gestiegen ist, gehen die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft im Jahr 2009 dennoch nicht zurück. Dies liegt daran, dass die Steuerkraft aller Kommunen insgesamt stark gestiegen ist und die Töpfe des Landes, die über die kommunale Finanzausgleichsumlage gespeist werden, gut gefüllt sind.

Der vom Land vorgegebene Grundkopfbetrag als Bemessungsgrundlage der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft, die aus dem Finanzausgleichstopf bezahlt werden, sollte lt. HH-Erlass auf 963 EUR pro Einwohner ansteigen (gegenüber 879 Euro bzw. 799 EUR in den letzten beiden Vorjahren). In der November-Steuerschätzung wurde dieser Betrag auf 957 EUR zurückgenommen.

Entwicklung der Schlüsselzuweisungen incl. Kommunalen Investitionspauschale

1998	2.936.585
1999	1.981.300
2000	2.991.887
2001	2.612.860
2002	2.652.667
2003	2.668.033
2004	2.453.564
2005	2.286.923
2006	2.871.525
2007	3.709.445
2008	4.140.000
2009	4.185.000

Entwicklung der Schlüsselzuweisungen 1998 - 2012



Die kommunale Investitionspauschale für Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen wurde auf Basis der erhöhten Pro-Kopf-Beträge von 37 EUR pro Einwohner mit rund 490 TEUR (gegenüber 442 TEUR bzw. 397 TEUR in den beiden Vorjahren) vorausberechnet.

Die Sachkostenbeiträge für Real-, Haupt- und Förderschüler sind vom Land ermittelt. Grundlage sind die durchschnittlichen Schulkosten. Davon sollen 90 % durch den Sachkostenbeitrag ausgeglichen werden. Der Sachkostenbeitrag wurde auf Vorjahresniveau kalkuliert und beträgt für Hauptschüler 845 EUR, für Realschüler 527 EUR und für Förderschüler 1.274 EUR.

Die pauschalen Zuweisungen für den Sportstättenbau werden nicht mehr gewährt. Diese werden seit 2006 in vollem Umfang in einzelfallbezogene Projektförderung investiert. Die Gemeinde Rudersberg hat für das Jahr 2008 entsprechende Anträge für den Kunstrasenplatz in Schlechtbach sowie das Kleinspielfeld in Steinenberg (incl. Weitsprunganlage und 50m-Bahn) gestellt. Diese wurden abgelehnt. Für 2009 wurden neuerliche Anträge gestellt.

Die Zuweisungen für Gemeindeverbindungsstraßen sowie die Zuweisungen zum Bau, Um- und Ausbau von Gemeindestraßen (Verkehrslastenausgleich) können wie im Vorjahr angesetzt werden. Diese Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich werden aus den Kraftfahrzeugsteuereinnahmen finanziert.

Der Familienleistungsausgleich wird als Ersatz dafür bezahlt, dass der Einkommensteueranteil entsprechend geringer ist, seit die Kindergeldzahlungen aus der Einkommensteuer bezahlt werden.

Der Familienleistungsausgleich wird entsprechend den (neuen) Schlüsselzahlen für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf die Gemeinden aufgeteilt. Den Gemeinden werden voraussichtlich 339 Mio. EUR (Vorjahre 322 bzw. 321 Mio. EUR) zufließen. Davon fließen der Gemeinde Rudersberg rund 362 TEUR zu.

Familienleistungsausgleich für die Gemeinde Rudersberg:

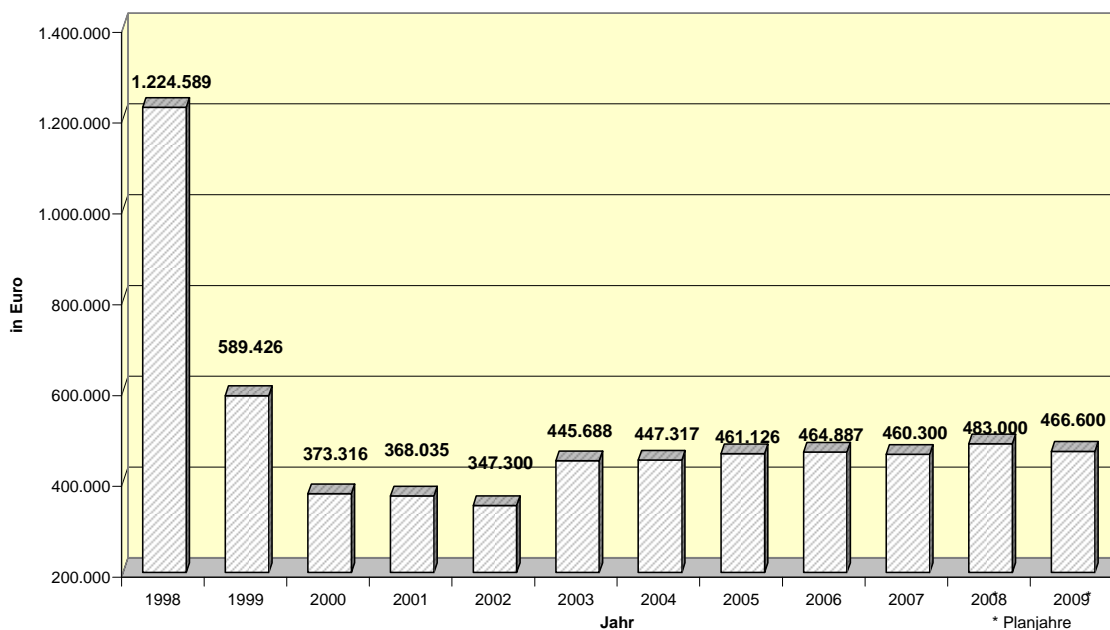
338 Mio. EUR x neue Schlüsselzahl 0,0010731 = **362.707 EUR.**

Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (Hauptgruppe 1)

Hierunter sind neben den Gebühren, Miet- und Pachteinnahmen, Holzerlösen und sonstigen Verkaufserlösen auch die Erstattungen für Ausgaben des Verwaltungshaushalts und die Zuwendungen für laufende Zwecke zu fassen.

Den Gemeindehaushalt betreffend wurden die Bestattungsgebühren auf 01.01.2008 erhöht (bei Beibehaltung des angestrebten Kostendeckungsgrads von 60 %) sowie für die Urnenstelen neue Gebührensätze kalkuliert und beschlossen (angestrebter Kostendeckungsgrad 80 %).

Entwicklung der Gebühren und Entgelte 1998 - 2009



Miet- und Pachteinnahmen sind insg. veranschlagt mit rund 170.000 EUR (Vorjahre 161.200 bzw. 154.600 EUR), siehe Anlage 7.

Die Holzerlöse werden mit 207.500 EUR angesetzt (VJ: 210.700 EUR).

Bei den Zuweisungen für laufende Zwecke sind neben den bereits erwähnten Zuwendungen für Verkehrs- und Schullasten auch die Zuwendungen im sog. Kindergartenlastenausgleich zu nennen. Diese Zuwendungen vom Land für 2009 betragen 380.000 EUR und gehen gegenüber dem Vorjahresansatz um 14.000 EUR zurück (vgl. Berechnung in Anlage 11-3).

Sonstige Finanzeinnahmen (Hauptgruppe 2)

Hierzu gehören die Zinseinnahmen sowie die Konzessionsabgaben. Ebenfalls werden hier die kalkulatorischen Einnahmen (Innere Verrechnungen) veranschlagt.

Die Zinseinnahmen aus kurzfristig angelegten Geldern wurden mit 155.000 EUR veranschlagt. Aus gegebenem Anlass weist die Verwaltung darauf hin, dass wirklich nur sichere Anlagen getätigt werden. Hinzu kommen Zinsen mit 54.000 EUR aus Darlehen der Gemeinde an den Eigenbetrieb Gemeindewerke. Weitere Zinseinnahmen mit 300.300 EUR bringen die gewährten Darlehen an den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung.

Die Konzessionsabgabe, die von der EnBW für das Recht zur Durchführung von Leitungen auf Gemeindegebiet bezahlt wird, ist ein nicht unerheblicher Einnahmeposten. Sie wird wie im Vorjahr mit 312.000 EUR veranschlagt. Wie in den Vorjahren ebenfalls eingerechnet ist eine Konzessionsabgabe der Gemeindewerke (Wasserversorgung) über 80.000 EUR.

Die kalkulatorischen Einnahmen einschließlich der Inneren Verrechnungen wurden mit rund 2,27 Mio. EUR veranschlagt. Hierbei ist zu erwähnen, dass der sog. Kalkulatorische Zinssatz nach einer Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt von zuletzt 6,0 % auf 5,25 % zurückgenommen wird. Der Gemeinderat hat am 06.12.2008 einen Beschluss gefasst, dass bereits mit dem Rechnungsabschluss 2008 der Zinssatz von 5,25 % angewandt wird.

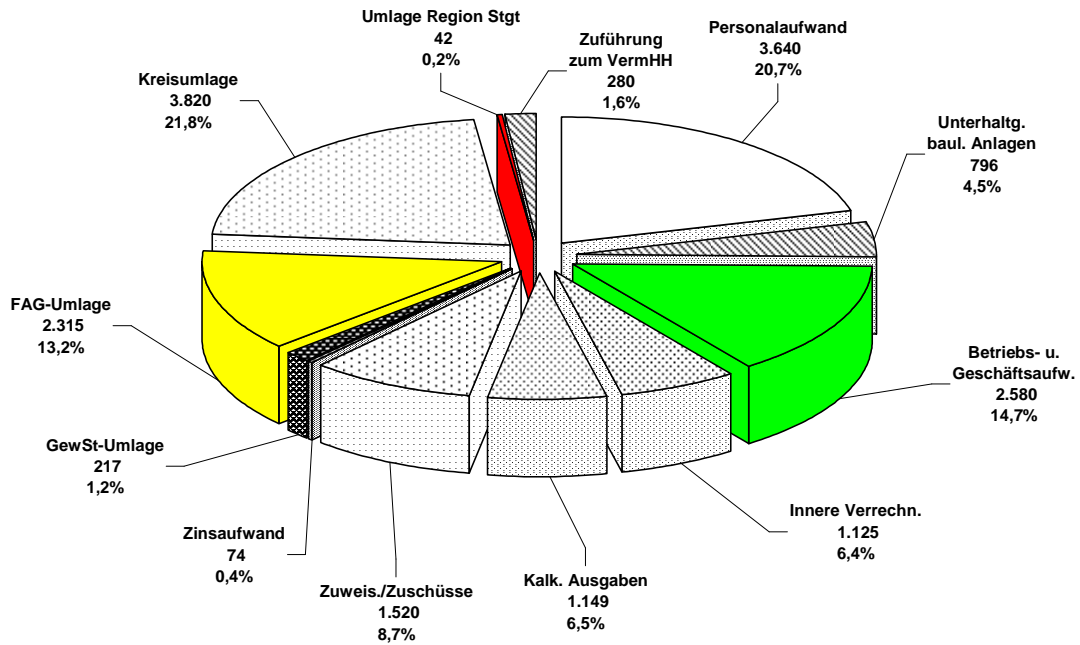
Die kalkulatorischen Einnahmen werden im Verwaltungshaushalt in Einzelplan 9 gebucht. Sie stellen einen reinen Verrechnungsposten dar, der bei der jeweiligen kostenrechnenden Einrichtung in der Form der Abschreibung und der Verzinsung des Anlagekapitals als Ausgabe veranschlagt ist.

Dasselbe gilt für die Inneren Verrechnungen. Die Inneren Verrechnungen sind ebenfalls Planmittel, die nicht nach außen fließen. Die einzelnen Verwaltungsleistungen und die Bauhofleistungen werden in Geld bewertet und der jeweiligen Dienststelle, die die Verwaltungsleistung oder Bauhofleistung in Anspruch nimmt, zugerechnet. Bisher wurde die Verrechnung der Verwaltungsleistung lediglich bei kostenrechnenden Einrichtungen vorgenommen. Im Hinblick auf eine genaue Zuordnung der entstandenen Kosten wurden ab dem Haushalt 2001 weitere Unterabschnitte gebildet, die einzelne Verwaltungsprodukte erbringen. Hier handelt es sich um die Hausdruckerei sowie um die EDV. Auch im Bereich der kalkulatorischen Kosten wird von Seiten des Gesetzgebers immer mehr angestrebt, eine Vollvermögensrechnung einzuführen, d. h. nicht nur die kostenrechnenden Einrichtungen zu bewerten, Abschreibungen und eine kalkulatorische Verzinsung zu berechnen, sondern dies über die gesamten kommunalen Einrichtungen zu erreichen, um den Werteverzehr darstellen zu können, aber auch um weitere betriebswirtschaftliche Instrumente (Bilanzierung) einführen zu können. Entsprechende Novellierungen zum Kommunalen Haushaltsrecht werden auf uns zukommen, eine mehrjährige Übergangszeit bis ins Jahr 2016 wird den Kommunen eingeräumt.

Die unentgeltliche Benutzung der öffentlichen Einrichtungen durch Vereine und Institutionen sind ebenfalls über innere Verrechnungen abgebildet. Diese Benutzung wurde in Geld bewertet und als indirekte Vereinsförderung im Haushalt verrechnet. Die öffentliche Einrichtung bekommt den bewerteten Betrag gutgeschrieben.

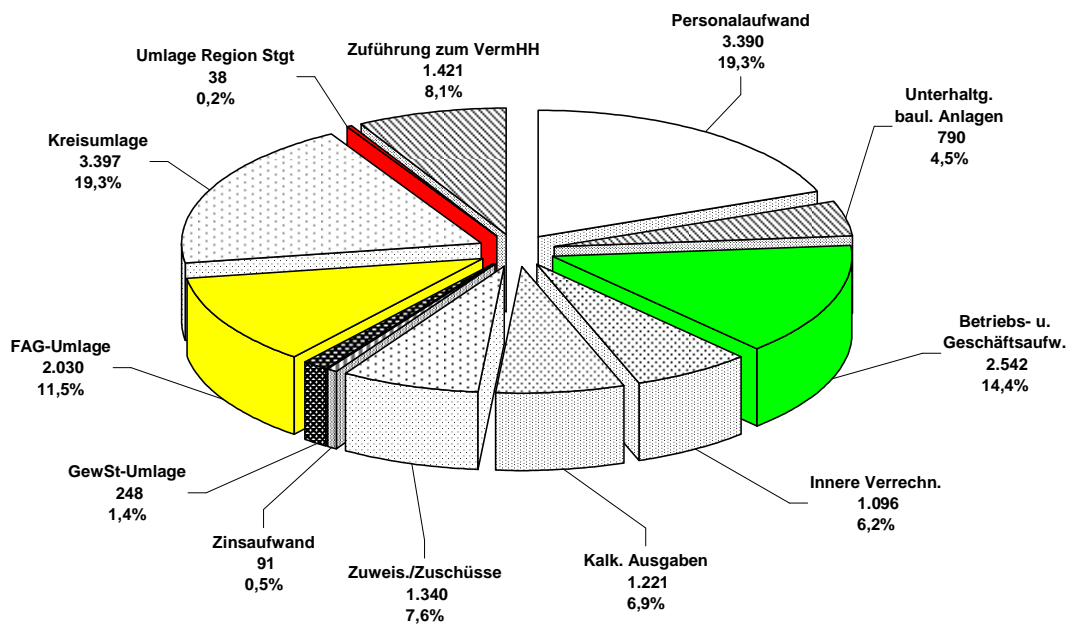
Verwaltungshaushalt - Ausgaben

Ausgaben Verwaltungshaushalt 2009 in Tausend Euro



Zum Vergleich noch einmal die Ansätze des Vorjahres:

Ausgaben Verwaltungshaushalt 2008 in Tausend Euro



Personalausgaben (Hauptgruppe 4)

Die Personalausgaben ergeben sich aus dem Stellenplan, vgl. Anlage 1.

Die Personalausgaben steigen von 3,39 Mio. EUR im Jahr 2008 auf rund 3,64 Mio. EUR im Jahr 2009 an.

Wie setzt sich diese Steigerung in Höhe von rund 250.000 EUR bzw. 7,36 % zusammen?

Zunächst sind die Tarifabschlüsse vom April 2008 zu nennen, die für die Beschäftigten im Jahr 2009 eine Steigerung um 2,8 % zzgl. einmalige Sonderzahlung mit 225 EUR im Januar 2009 mit sich bringen. Auch das tariflich verankerte Leistungsentgelt wurde berücksichtigt.

Nachdem für die Beamten keine konkreten Zahlen vorliegen, wurde eine Steigerung mit ebenfalls 2,8 % ab 01.07.2009 angenommen und in die Planansätze 2009 einkalkuliert.

Bei der Krankenversicherung wurde ein einheitlicher Satz mit 15,5 % zugrunde gelegt, bei der Arbeitslosenversicherung ein Satz mit 2,8 %.

Ganz beträchtlich fällt auch die Steigerung bei den Versorgungsbezügen an den Kommunalen Versorgungsverband ins Gewicht, die die Gemeinde für die sog. Ruhestandsbeamten bezahlen muss.

Im Bereich der offenen Jugendsozialarbeit sieht der Haushaltsplan 2009 eigenes Personal vor.

Die Schulsozialarbeit hätte bereits nach den Sommerferien 2008 wieder aufgenommen werden sollen. Momentan bemüht sich die Verwaltung um die Besetzung dieser Stelle.

Im Bereich der Kindergärten führt die Erweiterung des Ganztagesangebots zu höheren Personalausgaben.

Im Bauamt wurde im Dezember 2008 eine Stelle neu besetzt (vorerst auf ein Jahr befristet), die nach der Umorganisation zum Jahreswechsel 2007/2008 zunächst nicht wiederbesetzt worden war.

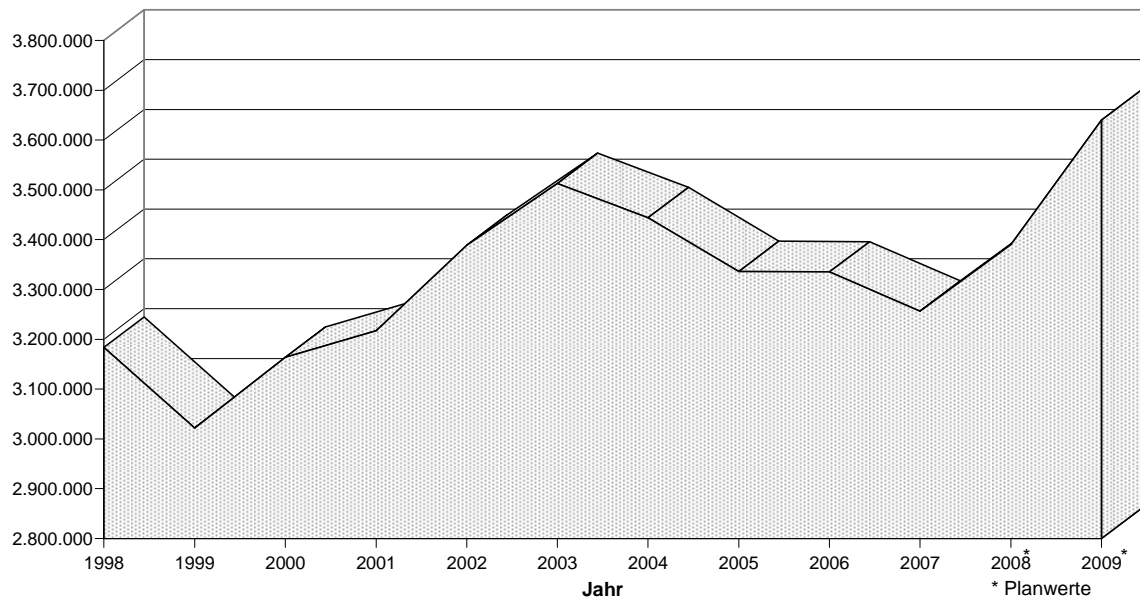
Nachdem die Suche nach einem Ingenieur für Siedlungs- und Wasserwirtschaft im Jahr 2008 nicht erfolgreich war, sieht der Haushaltsplan bzw. Stellenplan 2009 vor, eine Stelle im Bauamt mit einem Beamten / einer Beamtin des gehobenen Verwaltungsdienstes zu besetzen, nachdem das Ausscheiden des bisherigen Amtsleiters näher rückt und die Nachfolge rechtzeitig geregelt werden soll.

Zu guter letzt sollen eine Stelle auf dem Bauhof wiederbesetzt werden. Der derzeitige Stelleninhaber wird in Altersteilzeit gehen.

Der Personalkostenaufwand 2009 entspricht 20,73 % (Vorjahre lagen bei 19,3 und 18,4 %) des Volumens des Verwaltungshaushalts, bezogen auf den Gesamthaushalt beträgt der Anteil 16,75 % (Vorjahre lagen bei 14,3 % und 15,7 %).

Entwicklung der Personalausgaben	
1998	3.183.201
1999	3.021.735
2000	3.163.649
2001	3.216.723
2002	3.388.845
2003	3.512.516
2004	3.443.529
2005	3.335.656
2006	3.334.873
2007	3.256.196
2008	3.390.000
2009	3.639.500

Entwicklung der Personalausgaben 1998 - 2009



Der Rückgang von 1998 nach 1999 resultiert daher, dass seit 1999 die Personalausgaben für Klärwärter im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung enthalten sind.

Zu den Personalausgaben vgl. auch Anlage 2 zum Haushaltsplan 2009.

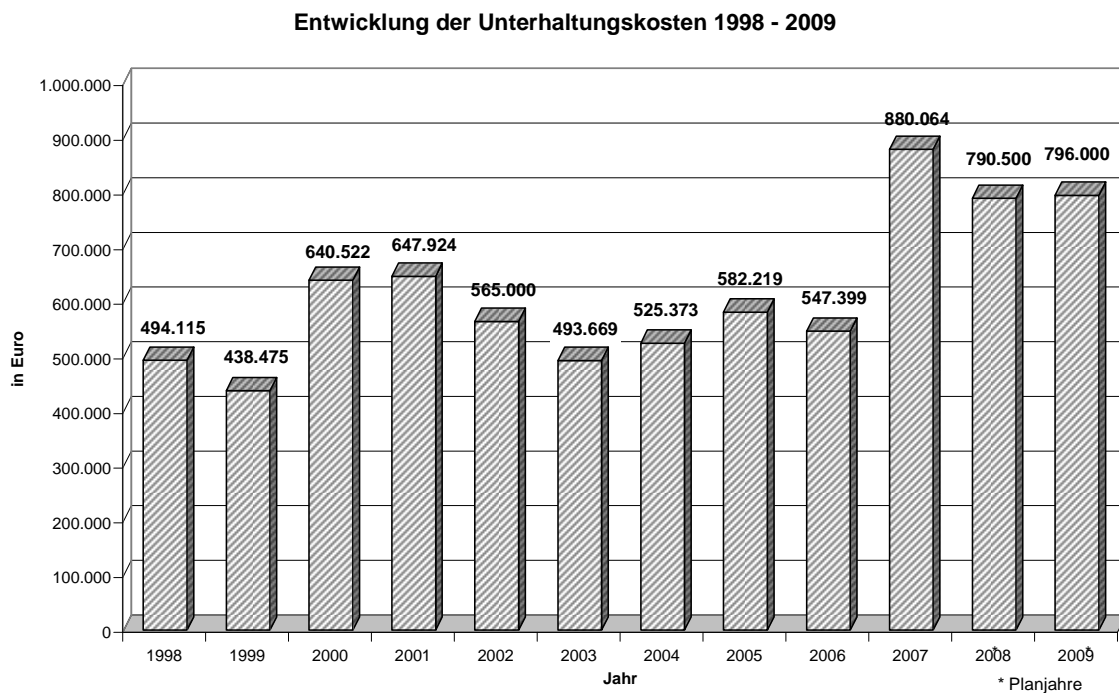
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Hauptgruppe 5/6)

Hierzu gehören die Aufwendungen für Unterhaltungen, Geräte, Ausstattungen, Bewirtschaftungskosten und Geschäftsausgaben. Rechnet man die Inneren Verrechnungen sowie die kalkulatorischen Kosten heraus, entwickeln sich die Beträge wie folgt:

Ansatz 2009: 3.370.800 EUR
 Ansatz 2008: 3.332.550 EUR
 d.h. die Steigerung beträgt rund 1,15 % bzw. 38.250 EUR.

Zu einzelnen wesentlichen Ausgabeblocken:

1. Unterhaltungskosten:



Die Unterhaltungskosten setzen sich wie folgt zusammen:

	2008	2009
Gebäudeunterhaltung (Grupp. 5010)	367 TEUR	360 TEUR
Unterhaltung der Straßenbeleuchtung	20 TEUR	55 TEUR
weitere Unterhaltungsmaßnahmen	109 TEUR	112 TEUR
<u>Straßenunterhaltung / Stufenprogramm</u>	<u>294 TEUR</u>	<u>269 TEUR</u>
Summe	790 TEUR	796 TEUR

Wegen Einzelheiten wird auf die Anlagen 6 und 6-1 zum Haushaltsplan verwiesen.

2. Sammelnachweis Geschäftsausgaben

Es sind 152.000 EUR veranschlagt, siehe Anlage 3-5 zum Haushaltsplan. Gründe für den höheren Ansatz sind z.B.: höhere Gebühren an die Bundesdruckerei für Reisepässe und Personalausweise, denen jedoch auch höhere Gebühreneinnahmen gegenüber stehen.

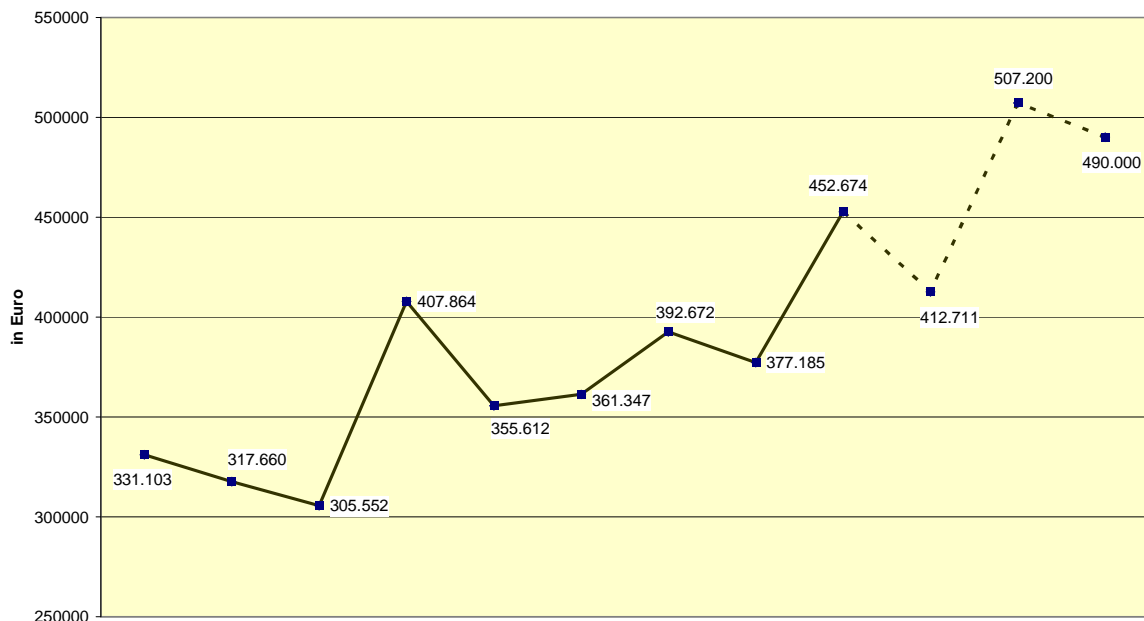
Entwicklung der Geschäftsausgaben in den letzten Jahren:

Ergebnis 2005:	133 TEUR
Ergebnis 2006:	119 TEUR
Ergebnis 2007:	154 TEUR
Plan 2008:	140 TEUR
Plan 2009:	152 TEUR

Der Planansatz 2009 orientiert sich in starkem Maße auch am Rechnungsergebnis 2007. Wie bereits ausgeführt, stehen den Mehrausgaben zumindest teilweise Mehreinnahmen gegenüber.

3. Sammelnachweis Bewirtschaftungskosten

Entwicklung der Bewirtschaftungskosten 1998 - 2009



Für Bewirtschaftungskosten für gemeindliche Einrichtungen ist im Plan 2009 ein Ansatz von 490.000 EUR eingeplant, vgl. dazu auch Anlagen 3-5 zum Haushaltsplan.

Gegenüber dem Vorjahresansatz mit 507.200 EUR ist bei den Bewirtschaftungskosten somit ein Rückgang mit 17.200 EUR eingearbeitet, was mehr daran liegt, dass der letztjährige Ansatz etwas zu hoch war, als daran, dass die Bewirtschaftungskosten günstiger werden.

Kostentreiber waren zuletzt die Strom- und Heizungskosten und zuvor nicht zuletzt auch die Mehrwertsteuererhöhung auf 01.01.2007. Die Entwicklung der Öl- und Gaspreise ist nicht kalkulierbar, siehe insbesondere auch die mit gesundem Menschenverstand (fast) nicht mehr nachvollziehbaren Schwankungen des Ölpreises in 2008.

Neben dem erneuten Appell an alle bewirtschaftenden Stellen und Verantwortlichen vor Ort, sparsam mit der Energie umzugehen, beabsichtigt die Verwaltung, mit bereits im Haushalt 2008 eingestellten Mitteln und mit externer Unterstützung ein qualifiziertes Energiekonzept (Energie-Management- und Controllingsystem) zu etablieren, um Schwachstellen gezielt zu lokalisieren und Maßnahmen nach noch festzulegenden Prioritäten (sicher auch im investiven Bereich) einleiten zu können. Auch deshalb sieht der Vermögenshaushalt 2008 Mittel mit 30.000 EUR für das Schulzentrum und 10.000 EUR für die Gemeindehalle und Schule in Steinenberg vor, um Heizungskonzepte für diese beiden Einrichtungen zu entwickeln, wie anstehende Sanierungsmaßnahmen im Heizungsbereich aussehen sollen. In 2008 nicht abfließende Mittel müssen in das Jahr 2009 übertragen werden.

Nicht allein wegen den hohen Energiekosten, sondern auch aus ökologischer Sicht sollte die Gemeinde aus ihrer Vorbildfunktion heraus die Möglichkeit des Einsatzes weiterer regenerativer Energien prüfen. Einen Beitrag dazu leistet sicher auch die neue Photovoltaik-Anlage auf dem Rathaus-Dach, die noch im Jahr 2008 ans Netz gegangen ist.

Welche Veränderungen gibt es beim sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand noch zwischen den Jahren 2008 und 2009 (Beträge > 10.000 EUR)

> Aufwand für Kommunal-, EU- und Bundestagswahl:	+ 23.000 EUR
> Fernwartung Server + Workstation durch Rechenzentrum KDRS:	+ 16.500 EUR
> Reduzierung der Mittel (Klausur des Gemeinderats in 2008):	- 10.000 EUR
> Reduzierung der Umlage an die Gemeindeprüfungsanstalt:	- 10.000 EUR
> Reduzierung des Ansatzes für die Kindergarten-Fachberatung:	- 9.500 EUR
> Aufstockung der Mittel für Stadtmarketing	+ 10.000 EUR

Zuweisungen und Zuschüsse (Hauptgruppe 7)

Der Ansatz im Plan 2009 beträgt 1.520.250 EUR und liegt damit um mehr als 205.000 EUR über dem Vorjahresansatz.

Folgende Bereiche sind dafür ursächlich:

Zweckverband Wieslauftalbahn	UA 7920	+ 82 TEUR
Zuschüsse an kirchl. Kindergarten-Träger	UA 4640	+ 53 TEUR
Verlustausgleich Gemeindewerke (Hallenbad)	UA 5720	+ 75 TEUR

Über die Umlagen an den Zweckverband Wieslauftalbahn wurde im Jubiläumsjahr 2008 ausführlich diskutiert. In den Jahren 2008 und 2009 gilt es Nachzahlungen für frühere Jahre zu leisten, ehe unser „Wiesel“ ab 2010 dann wieder mit deutlich geringerem Zuschuss durch die beteiligten Verbandsgemeinden auskommen wird.

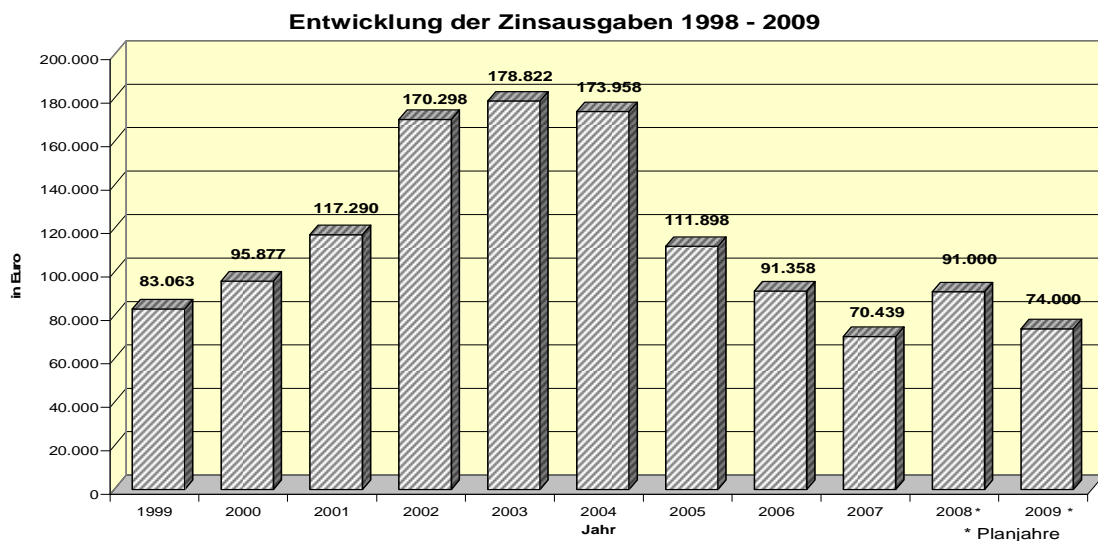
Die Zuschüsse an die Kirchen orientieren sich an den derzeitigen Vorauszahlungen.

Was den Verlustausgleich an die Gemeindewerke anbelangt, schlagen im Jahr 2009 erstmals die vollen Abschreibungen sowie die Zinsen für die Hallenbadsanierung, die mehr als 900.000 EUR kosten wird, zu Buche. Schreibt man diese Investitionen über eine Laufzeit von 40 Jahren ab und legt man eine Verzinsung mit 5,0 % zugrunde, ergeben sich jährliche Abschreibungen mit 22.500 EUR und Zinsen mit anfangs 45.000 EUR, die den Verlust beim Hallenbad erhöhen und die nach einem Vorschlag der Verwaltung vom Gemeindehaushalt übernommen werden sollen.

Sonstige Finanzausgaben (Hauptgruppe 8)

Hierzu zählen neben den Zinsausgaben insbesondere auch die Umlagen an Kreis und Land.

Die Zinsausgaben für Darlehen und Kassenkredite werden weiter rückläufig sein, nachdem die Schulden weiter abgebaut werden.



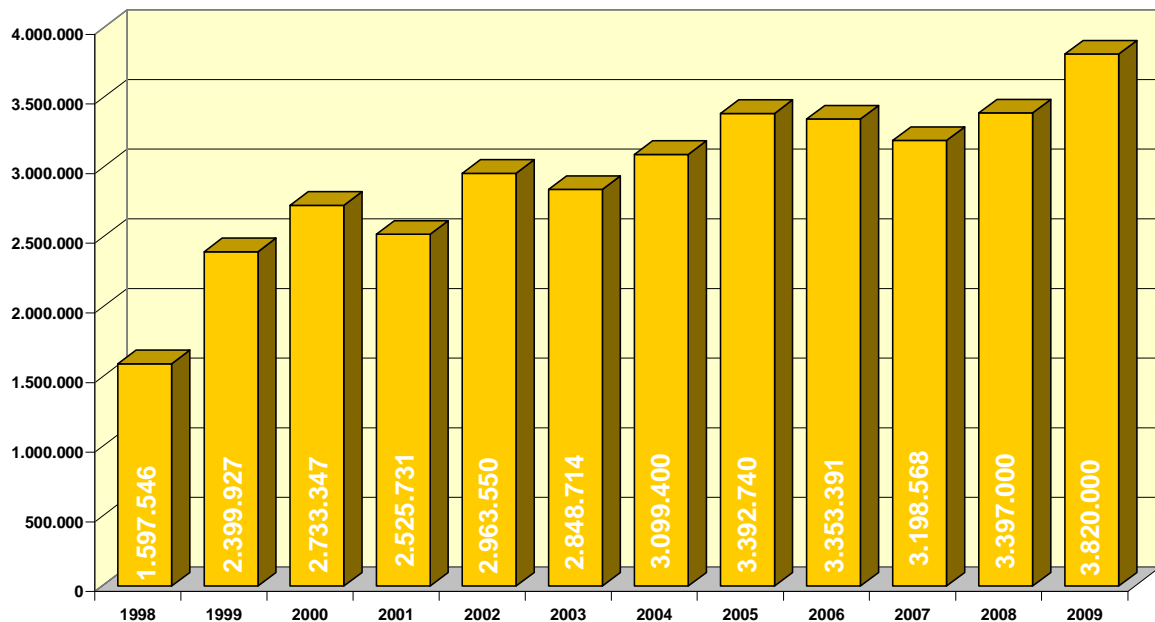
Zu den Umlagen:

Die Kreisumlage wurde – wie vom Kreistag am 15.12.2008 mehrheitlich beschlossen – mit einem Hebesatz von 36,5 % berechnet. Sie beträgt damit rd. 3,820 Mio. EUR (Ansatz 2008: 3,397 Mio. EUR).

Trotz Absenkung des Umlagehebesatzes steigt die Umlagebelastung für die Gemeinde Rudersberg um rund 423.000 EUR. Dies hat seine Ursache im sehr guten Steuerjahr 2007.

Die Gesamteinnahmen des Kreises aus der Umlage steigen von 2008 nach 2009 erneut deutlich an, da die Steuerkraft der Städte und Gemeinden – auch die der Gemeinde Rudersberg – zwischen den zugrunde liegenden Jahren 2006 und 2007 noch einmal deutlich angestiegen ist.

Entwicklung der Kreisumlage 1998 bis 2009



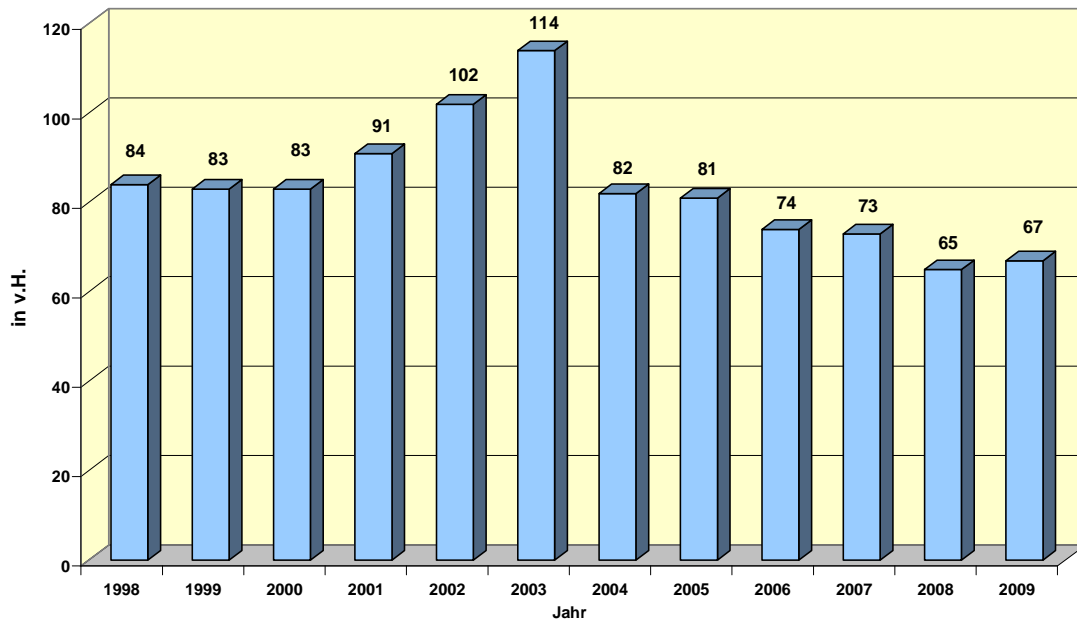
Entwicklung der Hebesätze im Rems-Murr-Kreis:

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
33,00	33,7	35,7	34,0	33,25	32,75	35,25	40,8	42,15	40,95	39,6	37,0	36,5

Die Finanzausgleichsumlage beträgt 2,315 Mio. EUR (VJ: 2,030 Mio. EUR) und die Umlage an den Verband Region Stuttgart 42.000 EUR (VJ: 38.000 EUR), in der Summe ein Anstieg mit rund 289 TEUR.

Der Gewerbesteuerumlagesatz wurde im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform von 73 Prozentpunkten im Jahr 2007 auf 65 Prozentpunkte im Jahr 2008 gesenkt. In 2009 steigt der Umlagesatz wieder auf (voraussichtlich) 67 Prozentpunkte. Bei einem Gewerbesteuer-Aufkommen mit 1,10 Mio. EUR beträgt die Umlage rund 217.000 EUR (knapp 20 %).

Entwicklung des Gewerbesteuerumlagesatzes 1998 - 2009

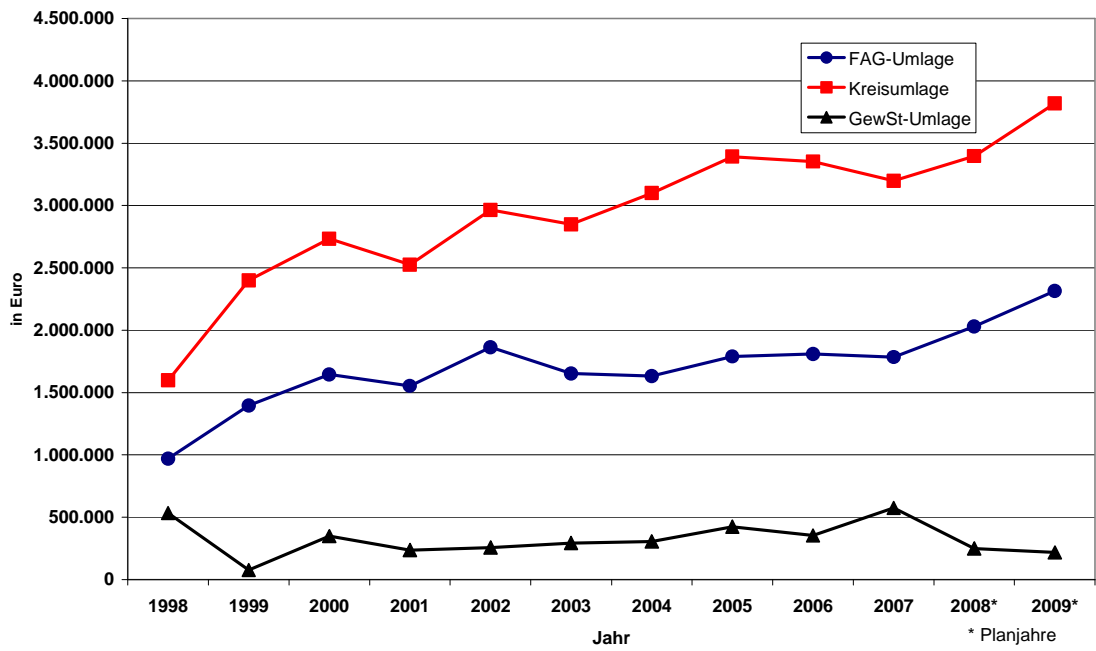


Die nachstehende Tabelle und die zugehörige Grafik zeigen die Entwicklung der wichtigsten Finanzumlagen der letzten Jahre. Stellt man die Grafik der Gewerbesteuerentwicklung gegenüber, so zeigt sich, dass in Zeiten geringer Gewerbesteuerereinnahmen (2001 bis 2004) die hohen Umlagen besonders schmerzten.

	FAG-Umlage	Kreisumlage	GewSt-Umlage
1998	969.347	1.597.546	533.612
1999	1.395.924	2.399.927	75.506
2000	1.644.028	2.733.347	347.540
2001	1.553.458	2.525.731	236.115
2002	1.863.350	2.963.550	256.300
2003	1.652.658	2.848.714	293.364
2004	1.631.323	3.099.316	304.726
2005	1.788.533	3.392.700	422.824
2006	1.809.767	3.353.391	352.431
2007	1.785.050	3.198.568	575.060
2008*	2.030.000	3.397.000	248.500
2009*	2.315.000	3.820.000	217.000

*Planjahre

Entwicklung der Umlagen 1998 - 2009

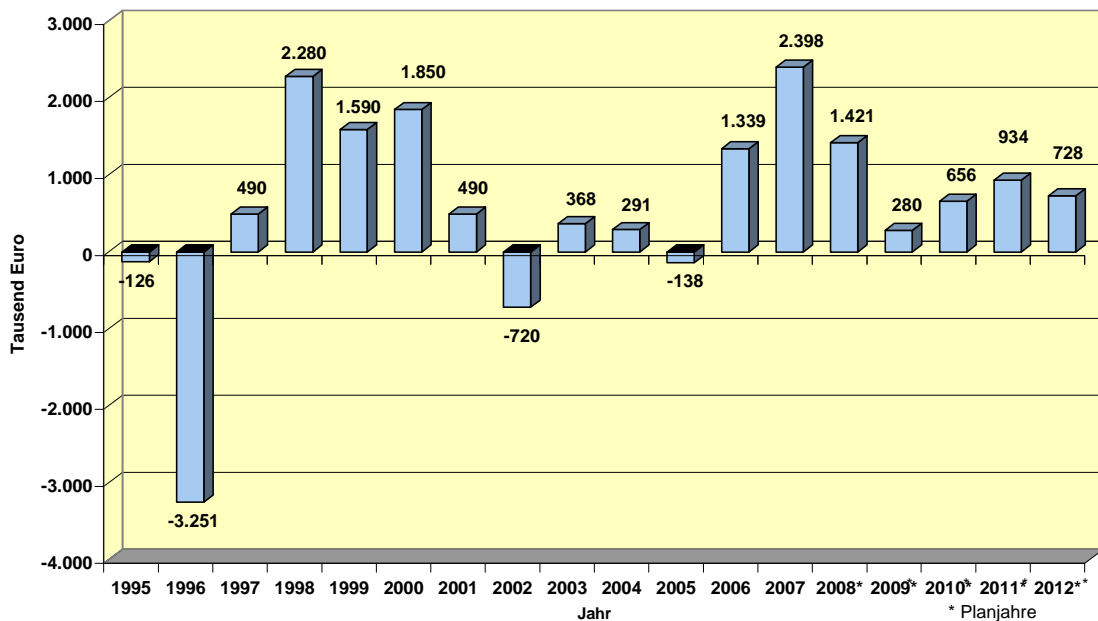


Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt

Der Verwaltungshaushalt erwirtschaftet bei all den geschilderten Einnahme- und Ausgabe-Positionen eine Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt mit 280.300 EUR.

Sie liegt mit rund 1,14 Mio. EUR unter dem Ansatz des Jahres 2008, bewegt sich jedoch in etwa auf dem Niveau, das vor Jahresfrist für das Jahr 2009 prognostiziert wurde (300 TEUR).

Entwicklung der Zuführungsrate 1995 - 2012



Netto-Investitionsrate (Zuführungsrate abzüglich Tilgung)

Die Netto-Investitionsrate 2009 beträgt 211.650 EUR. Mit diesem Betrag allein könnten bei weitem nicht alle vorgesehenen Investitionen 2009 auf den Weg gebracht werden. Eine teilweise Finanzierung der Investitionen durch eine Rücklagen-Entnahme ist daher unausweichlich. Allerdings wird auch neues Vermögen geschaffen. Ein Teil der Investitionen fließt in Grunderwerb. Diesen Ausgaben stehen in Folgejahren Einnahmen in Form von Grundstückserlösen gegenüber.

Vermögenshaushalt

Das Gesamtvolumen des Vermögenshaushalts 2009 beträgt 4.173.600 EUR. Es kommt zwar nicht an die Ansätze des Vorjahres mit über 6,0 Mio. EUR heran. Dennoch werden auch in 2009 wichtige Investitionen für eine Verbesserung der Infrastruktur und Lebensqualität in Rudersberg auf den Weg gebracht.

Die Einnahmen-Seite setzt sich wie folgt zusammen:

Zuführung vom Verwaltungshaushalt	280 TEUR
Grundstückserlöse	1.000 TEUR
Einnahmen aus Umlagungen	685 TEUR
Rücklagen-Entnahme	1.865 TEUR
Darlehensrückflüsse	22 TEUR
Spenden	22 TEUR
Beiträge	10 TEUR
Beantragte Landeszuwendungen	
a) für Streuobstwiesen-Lehrpfad mit Wohnmobilstellplätzen	81 TEUR
b) für Kunstrasenplatz Schlechtbach	92 TEUR
c) für Kleinspielfeld Steinenberg (ggf. Bildung eines Haushalts-Einnahme-Rests, falls Bewilligungsbescheid eingeht)	
Bewilligte Landeszuwendungen	
d) für Löschfahrzeug HLF 20/16	57 TEUR
e) für Ortskernsanierung	60 TEUR

Zu den Grundstückserlösen mit 1,0 Mio. EUR bzw. zu einzelnen Baugebieten:

„Gärten“ Schlechtbach: 2 Grundstücke sind noch frei.
 „Biegel“ Michelau: 1 Grundstück ist noch frei.
 „Kiesel“ Zumhof: 2 Grundstücke sind noch frei.
 Kirchenackerweg: steht noch im Gesamten zur Verfügung.
 Darüber hinaus stehen Flächen in Oberndorf sowie in Rudersberg (Ulmenweg) zur Verfügung, die man einer Bebauung zuführen könnte.

Für das Jahr 2008 wurde mit der Veräußerung eines Grundstücks am Bronnwiesenweg an den Verein für Behinderte Schorndorf e.V. sowie mit einer Veräußerung des Altenhilfegrundstücks am Bronnwiesenweg gerechnet. Nach Informationen durch den bisherigen Interessenten zeichnete es sich ab, dass eine Veräußerung des Altenhilfegrundstücks am Bronnwiesenweg „zumindest vor Ende 2009/Anfang 2010 nicht mehr zustande kommt“. Dagegen konnte der Verein für Behinderte Schorndorf e.V. am 5. Dezember 2008 seine Gespräche mit dem Landratsamt endgültig abstimmen. Mit einer Unterzeichnung dieses Kaufvertrags wird im 1. Quartal 2009 gerechnet.

Für 2009 geht die Verwaltung von folgenden Grundstückserlösen aus:

Verkauf des Grundstücks am Bronnwiesenweg an den Verein für Behinderte Schorndorf e.V., Verkauf des „Tankstellengrundstücks“, Verkauf der beiden Zumhof-Bauplätze sowie Verkauf zumindest eines weiteren Bauplatzes.

Zur Rücklagen-Entnahme mit 1,865 Mio. EUR:

Die Verwendung dieser relativ hohen Summe soll mit konkreten Investitionen in Verbindung gebracht werden, z.B.

a) Darlehensgewährung an Gemeindewerke	218 TEUR
b) Brandschutzmaßnahmen an den Schulen	250 TEUR
c) Kapitalumlage Hochwasserschutz	400 TEUR
d) Eigenanteil Löschfahrzeug Feuerwehr (2. Rate)	94 TEUR
e) Umlegungen Jungholz und Teichackerweg Süd; „Vorleistung durch Gemeinde“	400 TEUR
f) Erlebnisbereich Streuobst incl. Wohnmobilstellplätze; Eigenanteil nach Abzug der notwendigen Zuschüsse	81 TEUR
g) Waldwegebau und Grunderwerb von Waldflächen	78 TEUR
h) Grunderwerbskosten (Anteil aus Planansatz mit 800 TEUR)	300 TEUR
i) Urnenstelen Friedhof Schlechtbach	38 TEUR

Durch diese Investitionen wird entweder neues Vermögen geschaffen (in Form von Grundstücken) oder durch die vorgesehene Gewährung des Darlehens an die Gemeindewerke eine externe Verschuldung am Kreditmarkt vermieden.

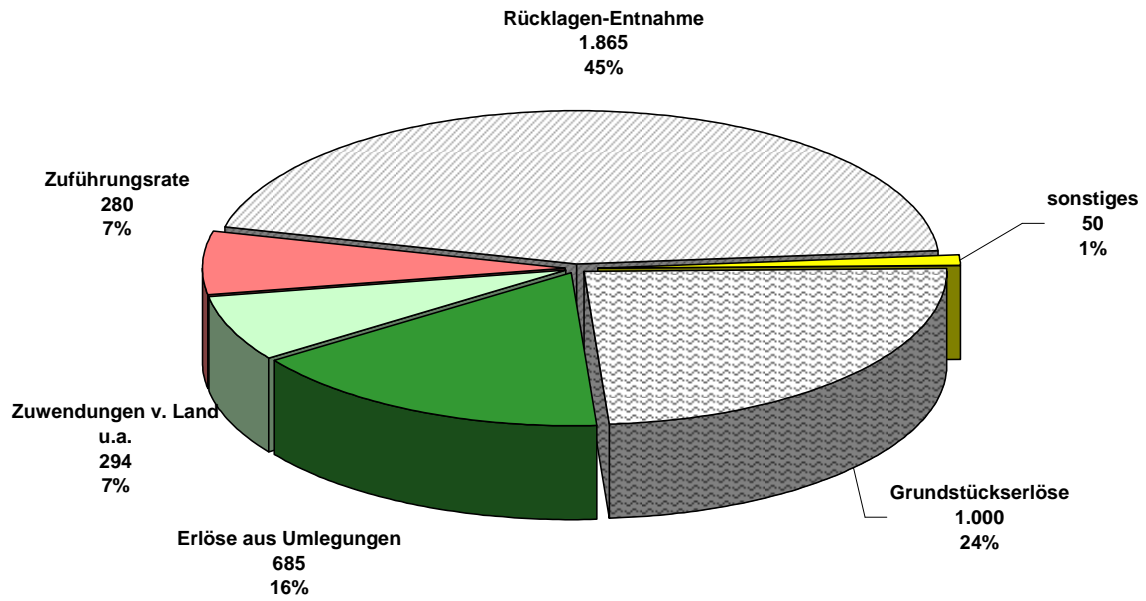
Oder es handelt sich um Pflichtaufgaben wie z.B. Hochwasserschutz und Brandschutz.

Und nicht zuletzt wird durch einen Teil dieser Maßnahmen die Infrastruktur der Gemeinde Rudersberg qualitativ verbessert. Die Erhaltung bzw. Steigerung der Wohnqualität trägt dazu bei, dass unsere Einwohner am Ort wohnen bleiben.

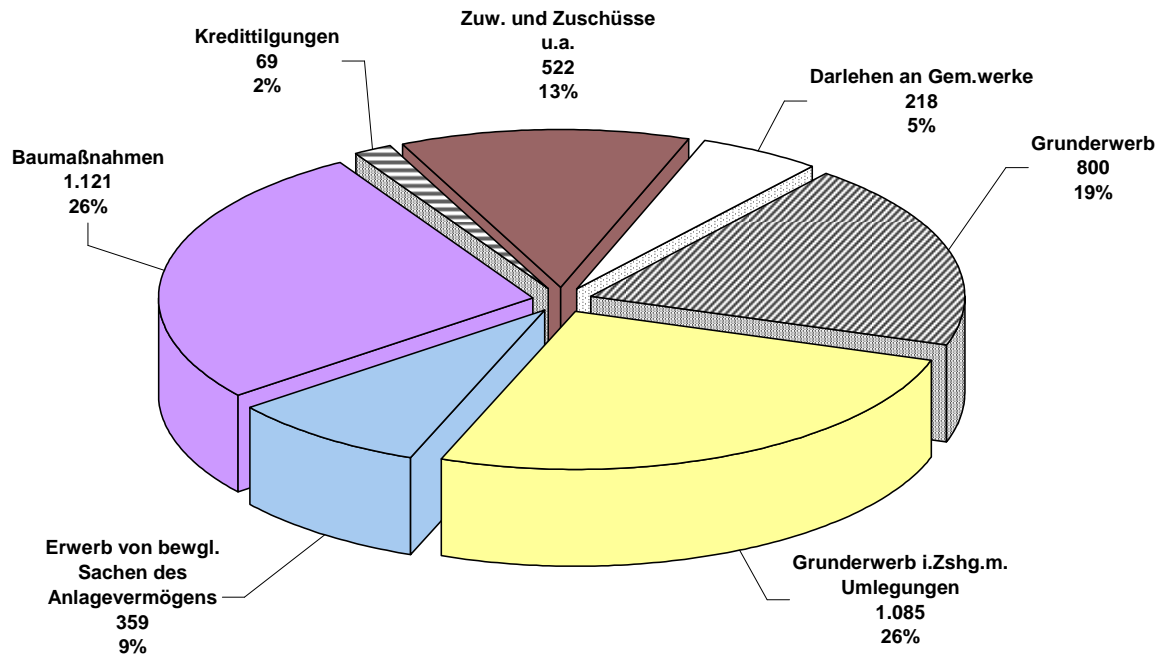
Ganz unmittelbar von der Einwohnerzahl hängen wiederum die beiden tragenden Haupt-Einnahmequellen unseres Haushalts ab: der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft.

Auf der Folge-Seite die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushalts 2009 auf einen Blick.

Einnahmen des Vermögenshaushalts 2009 in Tausend Euro



Ausgaben des Vermögenshaushalts 2009 in Tausend Euro



Abweichungen des Haushaltsplans 2009 vom letztjährigen Finanzplan

Der Haushaltsplan 2009 weicht gegenüber dem Finanzplan für 2009, wie er im Rahmen des Haushaltsplans 2008 aufgestellt wurde, hauptsächlich bei folgenden Positionen ab:

Verwaltungshaushalt:

Einnahmen:

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer:	+ 145.000 EUR (*)
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer:	- 117.000 EUR (*)
Gewerbesteuer	- 400.000 EUR (#)
<u>Schlüsselzuweisungen incl. Komm. Invest.Pausch.:</u>	<u>+ 535.000 EUR (+)</u>
In der Summe Mehreinnahmen mit rund	+ 163.000 EUR

(*) Veränderung auch aufgrund geänderter Schlüsselzahlen.

(#) Während der Haushaltsplanberatungen 2008 hat man den GewSt-Ansatz des Jahres 2008 von 1,5 Mio. EUR auf 1,3 Mio. EUR zurückgenommen, nicht aber die Ansätze der Mittelfristigen Finanzplanung verändert.

(+) Der Haushaltserlass 2008 (Juli 2007) sah für das Jahr 2009 einen Pro-Kopf-Grundbetrag mit 916 EUR und eine Kommunale Investitionspauschale pro Einwohner (KIP) mit 31 EUR vor, in der November-Steuerschätzung 2008 wurden der Pro-Kopf-Grundbetrag mit 957 EUR und die KIP mit 37 EUR angesetzt.

Ausgaben:

Personalausgaben:	+ 249.500 EUR
Sächl. Verw.- und Betriebsaufwand:	+ 21.000 EUR
Zuweisungen und Zuschüsse:	+ 196.000 EUR
Gewerbesteuerumlage:	- 80.000 EUR
Kreisumlage:	- 105.000 EUR
<u>Sonstige Veränderungen (Wenigerausg. bei Zinsen u.ä.)</u>	<u>- 99.000 EUR</u>
In der Summe Mehrausgaben mit rund	+ 182.500 EUR

Aus heutiger Sicht zeigt sich, dass die in der Mittelfristigen Finanzplanung des letzten Jahres für das Jahr 2009 genannten Personalkosten doch deutlich zu niedrig angesetzt waren. Um die gestiegenen Personalausgaben zumindest teilweise auffangen zu können, wäre es denkbar, z.B. bei den Unterhaltungsmitteln zu kürzen. Diese würde jedoch zulasten des Substanzerhalts gehen; daher schlägt die Verwaltung Kürzungen bei den Unterhaltungsaufwendungen momentan nicht vor.

Die Steigerung bei den Zuweisungen und Zuschüssen betrifft – wie bereits ausgeführt – den Zweckverband Wieslaufalbahn, die Zuweisungen an die kirchlichen Kindergarten-Träger sowie den höheren Verlustausgleich an die Gemeindewerke (Hallenbad).

Die niedrigere Gewerbsteuer-Umlage mit 80.000 EUR resultiert aus dem niedrigeren erwarteten Gewerbesteueraufkommen (minus 400.000 EUR).

Obwohl die Kreisumlage (bei einem Hebesatz von 36,5 Prozentpunkten) um 423.000 EUR über dem Ansatz aus dem Jahr 2008 liegt, bleibt sie doch um 105.000 EUR unterhalb dessen, was vor Jahresfrist für das Jahr 2009 angenommen wurde. Dies liegt daran, dass sich nicht nur bei den kreisangehörigen Gemeinden, sondern auch beim Landkreis die Finanzsituation besser dargestellt hat, als vor einem Jahr erwartet werden konnte.

Der Saldo aus o.a. Mehreinnahmen sowie Mehrausgaben beträgt rund 20.000 EUR. Um diesen Betrag liegt die Zuführungsrate niedriger, als im Haushalt 2008 für das Jahr 2009 angenommen.

Vermögenshaushalt:

Der Haushaltsplan 2008 sah für das Jahr 2009 folgende Investitionen vor:

- Löschfahrzeug (Finanzierungsrate 2009)	120 000 EUR
- Feuerwehr: Geräte, Maschinen, Ausstattung	32 000 EUR
- Medienausstattung Schulzentrum	27 000 EUR
- Ausstattung Schulzentrum	43 500 EUR
- Brandschutzmaßnahmen Schulzentrum	100 000 EUR
- Grunderwerb Umlegungen/Baureifmachung	200 000 EUR
- Weiterführung Ortskernsanierung III	400 000 EUR
- Straßenausbau	100 000 EUR
- Kapitalumlage Wasserband Wieslauftal	500 000 EUR
- Friedhof Asperglen (Finanzierungsrate 2009)	29 000 EUR
- Gemeindehalle Steinenberg – Heizungszentrale u. Sanierung Heizung	250 000 EUR
- Weiteres Darlehen an Gemeindewerke	75 000 EUR
- Allg. Grunderwerb	650 000 EUR
- Gestaltung Ortsamtsplatz Steinenberg	160 000 EUR
- Sanierung Mietwohngrundstücke	25 000 EUR

Der größte Teil dieser Investitionen soll mit dem vorliegenden Haushaltsplan 2009 auch finanziert werden. Teilweise sind neue Investitionen hinzugekommen (z.B. Erlebnisbereich Streuobst mit Wohnmobilstellplätzen), teilweise sind Mittel aufgestockt worden (z.B. im Bereich Brandschutz an den Schulen), teilweise müssen bzw. können Maßnahmen auf die Jahre 2010 ff verschoben werden (z.B. Ortsamtsplatz Steinenberg).

Entwicklung der externen Verschuldung:

Die Gesamtverschuldung der Gemeinde wird sich im Haushaltsjahr 2009 weiter reduzieren. Voraussetzung dafür ist, dass die Gemeindewerke zur Finanzierung ihrer Investitionen (Hallenbad, Wasserversorgung und Photovoltaik) keine Kredite am Kreditmarkt aufnehmen, sondern bei der Gemeinde.

Im Kämmereihaushalt und bei den Gemeindewerken soll die externe Verschuldung auch in den Folgejahren nach Möglichkeit weiter abgebaut werden. Im Bereich der Abwasserbeseitigung wird man aufgrund der bevorstehenden Investitionen im Zusammenhang mit der Eigenkontrollverordnung an einer Neuverschuldung kaum vorbeikommen.

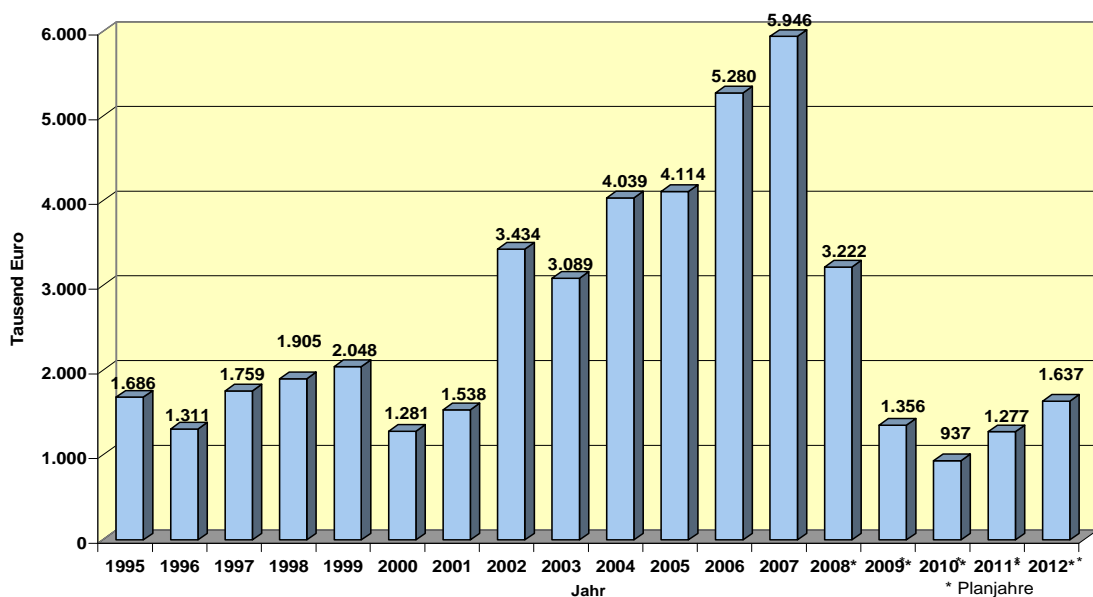
Entwicklung der äußeren Verschuldung (ohne Gemeindedarlehen)		Gemeinde	Eigenbetrieb Abwasser- beseitigung	Eigenbetrieb Gemeinde- werke	gesamt
vorauss. Verschuldung auf	31.12.2009	305.968 €	7.431.070 €	605.904 €	8.342.942 €
vorauss. Verschuldung auf	31.12.2008	374.593 €	7.413.008 €	731.736 €	8.519.337 €
Verschuldung auf	31.12.2007	568.295 €	7.026.245 €	1.155.231 €	8.749.771 €
Verschuldung auf	31.12.2006	648.203 €	7.402.858 €	1.491.632 €	9.542.693 €
Pro-Kopf-Verschuldung (jeweils auf 30.06.)					
Einwohner 2009	11.500	26,61 €	646,18 €	52,69 €	725,47 €
Einwohner 2008	11.530	32,49 €	642,93 €	63,46 €	738,88 €
Einwohner 2007	11.658	48,75 €	602,70 €	99,09 €	750,54 €
Einwohner 2006	11.700	55,40 €	632,72 €	127,49 €	815,61 €

Erfreulich ist, dass die Gesamtverschuldung unter dem Landesdurchschnitt liegt, vgl. dazu die durchschnittliche Verschuldung von kreisangehörigen Gemeinden zwischen 10.000 und 12.000 Einwohnern (Kämmereischulden incl. Eigenbetriebe) auf 31.12.2006 (Quelle: Dezember-Ausgabe 2007 Bund der Steuerzahler): 939 EUR.

Eine aktuellere Zahl lag im Zeitpunkt des Erstellens des Haushaltsplans 2009 nicht vor. Es ist davon auszugehen, dass eine Vielzahl der Kommunen ihre Schulden in den letzten beiden Jahren ebenfalls zurückgefahren hat.

Entwicklung der Rücklagen:

Entwicklung der Rücklage 1995 - 2012



Wie bereits an anderer Stelle im Vorbericht erwähnt, wird die Rücklage auf Ende 2008 nach heutigem Stand bei (mind.) 3,22 Mio. EUR liegen – und damit auf dem Stand, der auch im Haushaltsplan 2008 für Ende 2008 erwartet worden war. D.h. sowohl die bereits erwähnten überplanmäßigen Ausgaben (Zweckverband Wieslaufalbahn und Neubau Bürgerhaus Schlechtbach) als auch die Mindereinnahmen bei den Grundstückserlösen können finanziert werden, ohne dass dies zulasten der Rücklage gehen wird.

Die Rücklage wird sich in den nächsten Jahren nach der Mittelfristigen Finanzplanung wie folgt entwickeln:

Ende 2008:	3,22 Mio. EUR
Ende 2009:	1,36 Mio. EUR
Ende 2010:	0,94 Mio. EUR
Ende 2011:	1,28 Mio. EUR
Ende 2012:	1,64 Mio. EUR

Ob diese Annahme so auch eintreten wird, hängt neben der Entwicklung der laufenden Steuereinnahmen auch davon ab, inwieweit die im Plan 2009 und in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Investitionen auch tatsächlich umgesetzt werden sollen, ob beantragte Landeszuwendungen auch bewilligt und die kalkulierten Grundstückserlöse auch realisiert werden können.

Mittelfristige Finanzplanung bis 2012:

Die Nettoinvestitionsrate (=Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt abzgl. Tilgungsleistungen) entwickelt sich wie folgt:

	2010	2011	2012
Zuführung an den Vermögenshaushalt	656.000 €	934.000 €	728.000 €
./. Kredittilgung	- 68.700 €	- 68.800 €	- 68.850 €
Netto- Investitionsrate	587.300 €	865.200 €	659.150 €
Ausgaben Vermögenshaushalt	2.402.400 €	2.051.500 €	1.893.200 €
Deckungsgrad der Netto-Investitionsrate	24,4%	42,2%	34,8%

Erfreulich ist, dass aus heutiger Sicht in allen Jahren des Finanzplanungszeitraums Nettoinvestitionsraten erwirtschaftet werden können, die keinen geringen Anteil zur Finanzierung der Investitionen ausmachen. Ob dies so bleibt, muss man abwarten und hängt in allererster Linie von der Entwicklung der Einnahmen im Zeichen der Finanzmarktkrise ab.

Erwähnt werden muss an dieser Stelle auch, dass die Zuführungsrate des Jahres 2010 (mit prognostizierten 656 TEUR) noch ohne die Gewerbesteuer-Einnahmen errechnet wurde, die am 29.12.2008 zugeflossen sind. Diese aus Sicht des Jahres 2008 sehr erfreulichen Gewerbesteuer-Mehreinnahmen werden dazu führen, dass eine Zuführungsrate in 2010 mit 656 TEUR aufgrund höherer Umlagen an Land und Kreis sowie aufgrund niedrigerer Schlüsselzuweisungen aller Voraussicht nach nicht bzw. nur durch starke Einsparungen bei den konsumtiven Ausgaben erreicht werden kann.

In der Mittelfristigen Finanzplanung sind folgende Mittel eingestellt bzw. Investitionen angedacht:

		2010 EUR	2011 EUR	2012 EUR
Verwaltung	EDV, Kommunikation	10.000	10.000	10.000
Feuerwehr:	Geräte, Ausstattung	32.000	32.000	32.000
Feuerwehr:	Fahrzeug Asperglen	130.000	0	0
Feuerwehr:	Fahrzeug Steinenberg	0	130.000	0
Grundschule Steinenberg:	Schulausstattung	4.500	4.500	4.500
Grundschule Schlechtbach:	Schulausstattung	4.500	4.500	4.500
Schulzentrum Rudersberg:	Schulausstattung	43.500	43.500	43.500
Schulzentrum Rudersberg:	Geräte	2.500	2.500	2.500
Rudersberger Schulen	Brandschutzmaßnahmen	100.000	100.000	100.000
Schulzentrum Rudersberg:	Medienausstattung	27.000	27.000	27.000
Schulturnhalle	Geräte, Ausstattung	2.000	2.000	2.000
Förderschule Rudersberg:	Geräte, Ausstattung	4.500	4.500	4.500
Förderschule Rudersberg:	Medienausstattung	3.700	3.700	3.700
Natur- u. Landschaftspflege	Anlagen	5.000	5.000	5.000
Vereinsförderung für Investitionen (Sportbereich)		10.000	10.000	10.000
Sporthallen	Wieslaufhalle-Ausstattung	3.000	3.000	3.000
Sportplätze	Meikenmichel	250.000	0	0
Kinderspielplätze	Geräte/Bolzplätze	5.000	5.000	5.000
Ausgleichsmaßnahmen		25.000	25.000	25.000
Ortssanierung	Rudersberg III	100.000	100.000	100.000
Ortssanierung	Necklinsberg	200.000	0	0
Gemeindestraßen:	Grunderwerb	10.000	10.000	10.000
Gemeindestraßen:	Aus- und Neubau	200.000	200.000	200.000
Straßenbeleuchtung	Ausbau / Ersatz	15.000	15.000	15.000
Hochwasserschutz	Rückhaltebecken	400.000	350.000	350.000
Bestattungswesen:	neue Grabfelder, allgem.	10.000	10.000	10.000
Gemeindehalle Rudersberg	Ausstattung, Einrichtung	1.000	1.000	1.000
Gemeindehalle Steinenberg	Ausstattung, Einrichtung	1.000	1.000	1.000
Gemeindesaal Zumhof	Dachsanieierung	50.000	0	0
Bauhof:	Maschinen, Geräte, Fahrzeug	20.000	20.000	20.000
Förderung der Landwirtsch.	Streubstwiesenförderung (EU-Programm)	50.000	50.000	14.400
Zweckverband Wieslauftalbah	Kapitalumlage	56.000	52.500	50.750
Vermögensumlage Verband Region Stuttgart		6.500	6.500	6.500
Forstwirtschaft	Erwerb von Waldflächen	10.000	10.000	10.000
Allgem. Grundvermögen	Allg. Grunderwerb	400.000	400.000	400.000
Allgem. Grundvermögen	Ortsamtsplatz Steinenberg	142.000	0	0
Kredittilgung		68.700	68.800	68.850
Rücklagenzuführung		0	344.500	353.500
Summe der Investitionen		2.402.400	2.051.500	1.893.200

Bei den Feuerwehrfahrzeugen, dem Sportplatz Meikenmichel, für die Ortskernsanierungen sowie die Streubstwiesenförderung sind Landes- bzw. EU-Zuschüsse eingearbeitet.

Die Zuwendungen für die Hochwasser-Rückhaltebecken Glasofenbach und Mittelbach sind im Haushalt des Zweckverbands veranschlagt.

Nach wie vor bleibt eine große Liste von zukünftigen Aufgaben:

Gemeindehaushalt

Weitere Ortskernsanierungsmaßnahmen in Rudersberg,
Oberschlechtbach, Klaffenbach, Michelau, Necklinsberg, Zumhof

Ausgestaltung der Ortsdurchfahrten (Shared Space – Straße für alle)

Feldwegneubauten

Ausbau von Ortsstraßen in allen Ortsteilen

Straßenbau Steinhaldenweg

Straßenbau Schweizer Gasse, Hohe Straße

Freibadsanierung

Heizungserneuerungen Schulzentrum Rudersberg und Gemeindehalle Steinenberg

Feuerwehrgerätehaus Rudersberg

Energetische Sanierung von Wohn- und Verwaltungsgebäuden sowie von weiteren gemeindlichen Einrichtungen wie z.B. Kindergärten

Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Maßnahmen der Eigenkontrollverordnung

Kanalisation Oberschlechtbach (2. Teil)

Kanalbau Steinhaldenweg

Kanalbau Schweizer Gasse, Hohe Straße

Wirtschaftsplan Gemeindewerke Rudersberg

Die Wasserversorgung der Gemeinde Rudersberg wird seit 1995 als Eigenbetrieb unter der Bezeichnung "Wasserwerk Rudersberg" geführt. Seit 1987 ist die Wasserversorgung aus dem Haushaltsplan ausgegliedert und wird als Sonderrechnung "Betriebskammeralistik" behandelt.

Seit dem Haushaltsjahr 2005 ist auch das Hallenbad aus dem Haushalt ausgegliedert und wird mit dem Wasserwerk unter dem Eigenbetrieb „Gemeindewerke“ geführt.

In den letzten Jahren hinzugekommen sind ein Blockheizkraftwerk sowie eine Photovoltaik-Anlage auf dem Schulzentrum (Betriebszweige Wärme und Strom). Nach einem Beschluss des Gemeinderats vom 07. Oktober 2008 ist noch im Jahr 2008 eine weitere Photovoltaik-Anlage auf dem Rathausdach installiert worden und ans Netz gegangen.

Zur Darstellung des Wirtschaftsplans ist zu erwähnen, dass die Gemeindewerke einen einheitlichen Erfolgsplan und Vermögensplan aufweisen und der Erfolgsplan untergliedert ist in die verschiedenen Betriebszweige Wasserversorgung, Hallenbad und Versorgung (Wärme und Strom).

Der Wirtschaftsplan ist diesem Haushaltsplan angefügt (blaue Seiten). Auch er ist in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen dargestellt und enthält eine Übersicht über die Schulden, über den Stand des Anlagevermögens sowie eine Finanzplanung bis zum Jahr 2012.

Zum Erfolgsplan bzw. zu den einzelnen Betriebszweigen:

a) Die Wasserversorgungsgebühr beträgt seit dem Jahr 2003 pro cbm 1,70 EUR (netto) und kann auch in 2009 gehalten werden. Die zu erwartenden Umsatzerlöse erwirtschaften einen Gewinn von 76.500 EUR. Dieser Mindestgewinn ist erforderlich, um die Konzessionsabgabe an den Gemeindehaushalt entrichten zu können. Die Gemeinde erhebt seit 01.01.2003 eine Konzessionsabgabe für das Recht, Wasserversorgungsleitungen im Gemeindegebiet einzulegen und Wasser durchzuleiten. Im Bereich der Gasversorgung und der Stromversorgung ist diese Konzessionsabgabe schon seit Jahrzehnten üblich.

b) Beim Hallenbad wird mit einem steigenden Verlust gerechnet, verursacht durch höhere Abschreibungen, die sich wiederum aus den Investitionen (rund 900.000 EUR) ergeben. Für das Hallenbad wird in 2009 mit einem Verlust von 170.000 EUR kalkuliert.

c) Der Erfolgsplan für den Betrieb des Blockheizkraftwerks geht von einem ausgeglichenen Erfolgsplan aus. Die produzierte Wärme und der Strom werden im Grunde zum Selbstkostenpreis an das Hallenbad und das Schulzentrum weitergegeben.

d) Die beiden Photovoltaikanlagen auf dem Dach des Schulzentrums und dem Rathaus werden einen Verlust von 1.500 EUR erwirtschaften.

Unter dem Strich ergibt sich nach dem vorliegenden Erfolgsplan im Eigenbetrieb Gemeindewerke ein Jahresverlust von 95.000 EUR. Die Gewinne aus der Wasserversorgung reichen also bei weitem nicht aus, den Verlust im Betriebszweig Hallenbad zu kompensieren.

Die Verwaltung schlägt – wie im Vorjahr – vor, im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über das Rechnungsergebnis – auch unter Würdigung steuerrechtlicher Aspekte – abschließend darüber zu entscheiden, ob der Verlust des Jahres 2009 auf neue Rechnung vorgetragen oder durch eine Zuwendung aus dem Gemeindehaushalt ausgeglichen werden soll. Entsprechende Mittel sind im Gemeindehaushalt 2009 – im Vorgriff hierfür – veranschlagt.

Im Betrieb selbst wird es lediglich noch zu einer Gewerbesteuerbelastung kommen. Die Körperschaftsteuer entfällt, da die Gewinne der Wasserversorgung mit dem Verlust des Hallenbads verrechnet werden können.

Zum Vermögensplan:

Im Vermögensplan wurde die letzte Rate für den Hochbehälter Klaffenbach mit 47.000 EUR eingestellt. Insgesamt stehen dann 395.000 EUR zur Verfügung.

Für weitere Investitionen im Bereich der Wasserversorgung sind 148.500 EUR vorgesehen, der Löwenanteil davon mit 106.500 EUR entfällt auf die Erneuerung der Leitung im Gebiet Schöngärten / Dornäcker / Lindentalerstraße.

30.000 EUR sollen für eine Trinkwasserkonzeption bereitgestellt werden. Diese umfassende, ganzheitliche Konzeption ist – nach Beratung durch Regierungspräsidium und Landratsamt – erforderlich, wenn man künftig Fördermittel im Bereich der Wasserversorgung bewilligt bekommen möchte.

Für die Fassadenerneuerung des Hallenbads und die Oberflächenbeschichtung des Hubbodens sind 55.000 EUR veranschlagt, darüber hinaus 75.000 EUR für die neue Photovoltaik-Anlage auf dem Rathausdach. Die Inbetriebnahme ist noch im Jahr 2008 erfolgt, während die Abnahme der Anlage, an welche die Zahlung knüpft, in Absprache mit der EnBW ins Jahr 2009 verschoben wurde.

Neben der vertraglichen Kredittilgung (125.900 EUR) können im Jahr 2009 keine Darlehen aufgrund auslaufender Zinsbindung außerordentlich getilgt werden.

Finanziert werden sollen diese Investitionen nach dem vorliegenden Wirtschaftsplan durch ein Darlehen aus dem Gemeindehaushalt mit 218.500 EUR.

Zur Mittelfristigen Finanzplanung:

Die mittelfristige Finanzplanung geht ab dem Jahr 2010 von deutlich geringeren Investitionen aus. Nachdem im Abwasserbereich (Stichwort: Eigenkontrollverordnung) große Investitionen anstehen, wird sich sicher auch die Frage stellen, ob aus praktischen bzw. auch wirtschaftlichen Erwägungen heraus in diesem Zusammenhang auch gleich Investitionen im Bereich der Wasserversorgung sinnvoll bzw. geboten sind.

Entwicklung des Schuldenstands:

Der externe Schuldenstand betrug auf 31.12.2007 rund 1,155 Mio. EUR und wird auf 31.12.2009 auf 606 TEUR zurückgeführt werden können.

Darlehen von der Gemeinde (aus den Jahren 2008/9) sind vorgesehen mit 1,056 Mio. EUR.

Wirtschaftsplan Abwasserbeseitigung Rudersberg

Die Abwasserbeseitigung für die Gemeinde Rudersberg wird seit 1999 als Eigenbetrieb geführt. Deshalb ist ein separater Wirtschaftsplan festzustellen, der buchhalterisch mit der Sonderrechnung "Betriebskammeralistik" abgewickelt wird.

Der Wirtschaftsplan enthält über den Erfolgs- und Vermögensplan hinaus die Schuldenstandsübersicht, die Übersicht über den Stand des Anlagevermögens sowie die Finanzplanung bis zum Jahr 2012.

Zum Erfolgsplan:

Die Abwassergebühren sind auf 01.01.2007 um 0,10 EUR/m³ auf 2,80 EUR/m³ gesenkt worden und können auch im Wirtschaftsjahr 2009 in dieser Höhe bestehen bleiben. Allerdings profitiert man dabei von Gewinnvorträgen der Jahre bis 2007 mit rund 30.000 EUR, die es erlauben, in 2009 einen Verlust in dieser Höhe zu verplanen, der mit den vorgetragenen Gewinnen verrechnet werden kann.

Einsparungen bei der Schlamm- und Abfallentsorgung stehen Steigerungen bei den Stromkosten sowie ein Mehrbedarf an Mitteln für die Unterhaltung des Kanalnetzes (incl. Fortschreibung des Allgemeinen Kanalisationsplans) gegenüber.

Zum Vermögensplan:

Im Vermögensplan sind Ausgaben von 1,422 Mio. EUR eingeplant.

302.000 EUR entfallen auf die Erneuerung der Leitung im Gebiet Schöngärten / Dornäcker / Lindentalerstraße. Weitere 80.000 EUR sind eingestellt für die Leitung im Daukernweg. Für Hausanschlüsse ist – wie im Vorjahr – ein Ansatz von 20.000 EUR eingearbeitet, für Ausstattungsgegenstände für die Kläranlage im Betrag von 40.000 EUR. Planungsmittel sind mit 16.000 EUR eingestellt für den Kanal im Gebiet „In der Vorstadt“.

Tilgungen sind vorgesehen mit 590.000 EUR. Zur Finanzierung der Investitionen und des Schuldendienstes sollen Kredite mit 608.000 EUR aufgenommen werden, davon wurden 385.000 EUR bereits zinsgünstig gesichert (siehe GR-Beschluss vom 24.06.2008 sowie Genehmigung des Landratsamts vom 01.07.2008).

Zur Mittelfristigen Finanzplanung:

In Anbetracht der großen Aufgaben im Zusammenhang mit der Eigenkontrollverordnung wird man – wie bereits im letztjährigen Wirtschaftsplan angedeutet – nicht umhinkommen, in den Folgejahren namhafte Beträge in die jährlichen Wirtschaftspläne aufzunehmen.

Dies wird dazu führen, dass die Abschreibungen sowie die Zinsaufwendungen steigen werden. Eine gleich bleibende Abwassermenge unterstellt, ergibt sich die Notwendigkeit von Gebührenerhöhungen im Abwasserbereich. Die Verwaltung könnte sich vorstellen, diese Gebührenerhöhungen in kleineren Schritten (z.B. jährlich 5 oder 10 Cent pro cbm) durchzuführen. Ziel bzw. Obergrenze könnte sein, unter der Gebühr von 3,05 EUR pro cbm aus dem Jahr 2002 zu bleiben.

Rudersberg, 29. Dezember 2008

K r a p f

